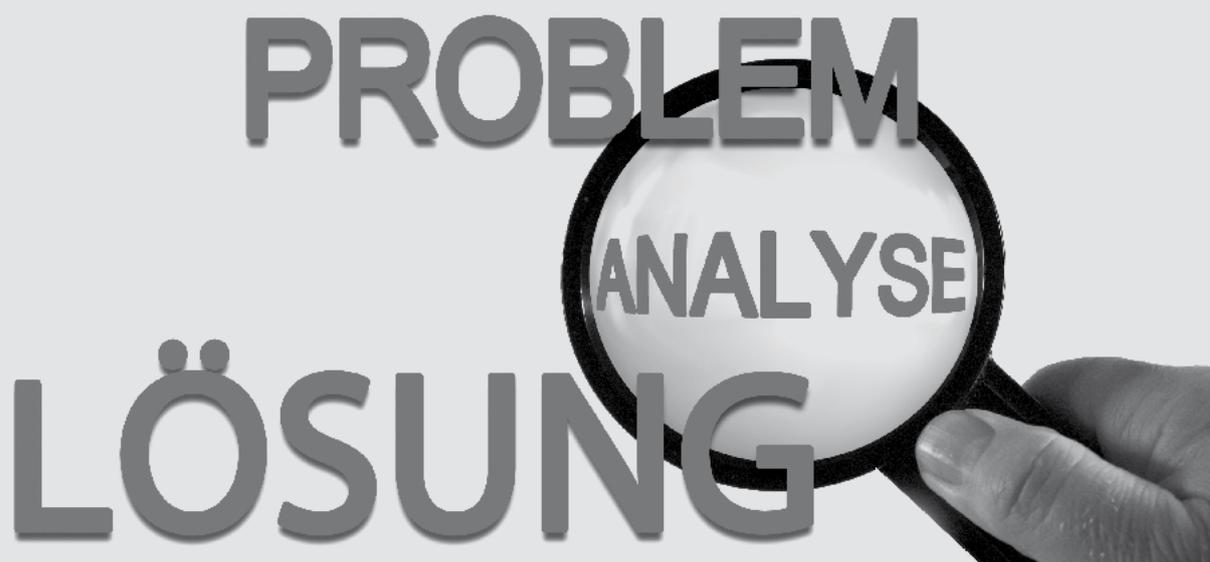


vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



... nur im Dialog mit dem VLB!



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN

Berufliche Bildung sichert Zukunft 04

Jürgen Wunderlich fordert von den Landtagsparteien belastbare Fakten jenseits von Wahlkampfgetöse und Wahlversprechungen.

Die demografische Rendite muss im Bildungssystem bleiben 07

Alexander Liebel zeichnet den VLB-Dialog mit Staatssekretär Bernd Sibler nach.

Studium Dual – mit Beteiligung der Berufsschulen ein attraktives Modell 09

VLB-Positionspapier

HPR-Tag mit Kultusminister Dr. Spaenle und Staatssekretär Sibler 10

Wolfgang Lambl weiß von einem konstruktiven Dialog zu berichten.

Laozi sagt: Nur wer sein Ziel kennt, findet den Weg 12

Rüdiger Klein hat deshalb schon mal die Aufbau-Grundschulung für Personalräte an beruflichen Schulen besucht.

Das Angebot wurde intensiv genutzt 16

Nachlese zu Arbeitskreisen anlässlich des 8. FOS/BOS-Tages.

Kompass für Wind und Wetter, Sonne und Regen 21

Der abl-Lehrergesundheitstag lockte in Ingolstadt sogar den Frühling aus der Reserve.

Vor Ort in Fürth: Praxisnahe Referendarausbildung unternimmt man an der Max-Grundig-Schule in Fürth 27

Seminarlehrer Peter Swoboda gewährt Einblick in die neukonzeptionierte Zweitfach-Ausbildung.

THEMA DES TAGES

03 Jürgen Wunderlich: Die beruflichen Schulen im Wahljahr 2013

BILDUNGSPOLITIK

04 Manfred Greubel: Parlamentarischer Abend mit der CSU-Fraktion
07 Alexander Liebel: Der VLB im Gespräch mit Staatssekretär Sibler
09 Manfred Greubel: VLB-Positionspapier zum Studium Dual

DIENSTRECHT

10 Wolfgang Lambl: HPR-Tag mit Kultusminister Dr. Spaenle und Staatssekretär Sibler
12 Rüdiger Klein: Grundschulung für Personalvertreter
13 abl-Broschüre zur Mehrarbeit im Schulbereich
14 Hermann Rupprecht: Grundzüge des Beamtentums (1)
15 Rüdiger Klein: Leitfaden für Schul- und Beamtenrecht

FOS / BOS

16 Nachlese zu den Arbeitskreisen beim 8. FOS/BOS-Tag

DIE LEHRERSEITE

21 Rüdiger Klein: Gesund und fit im Lehrerberuf
23 Rüdiger Klein: Kommentar zum abl-Gesundheitstag

WIRTSCHAFTSSCHULE

24 Randolf John: Private Wirtschaftsschule Krauß in Aschaffenburg feiert ihren 100-jährigen Geburtstag

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

25 Peter M. Hauck/W. Schwarzenberger: Mobilitätsaufenthalt in London
25 Christian Amtmann: Wer bringt dem Pauker noch was bei?

VOR ORT IN ...

27 Margit Schwandt: Chinesische Schulleiterdelegation zu Gast in Rothenburg
27 Rüdiger Klein: Den Neonazis Paroli bieten
28 Peter Swoboda: Referendarausbildung nahe an der Praxis – Workshop „Symbole der Rechten“

AUS DEM VERBANDSLEBEN

30 **Landesverband**
32 **Bezirksverbände**
34 **Fachgruppen**
35 **Personalien**
36 **Vermischtes**
37 **Für Sie persönlich**
40 **Aus aktuellem Anlass: Deutscher Berufsschultag in Berlin**



Die beruflichen Schulen im Wahljahr 2013

Als interessierte Leser unserer Verbandszeitschrift „vlb-akzente“ und aufmerksame Beobachter der bildungspolitischen Szene in Bayern stellen sicher auch Sie zum Ende

der Legislaturperiode im Wahljahr 2013 ein steigendes Interesse der Parteien am Thema „Berufliche Bildung“ fest. So erfreulich diese Entwicklung ist, so sehr bedauern wir, dass sich die entsprechenden Gremien in den letzten Jahren doch weitgehend mit den Problemen der allgemeinbildenden Schulen auseinandergesetzt haben. Auch die Medien haben sich in den letzten zehn Jahren eigentlich nur mit einer Schulart beschäftigt und dabei die beruflichen Schulen vergessen. Aber nun der Reihe nach.

Mit dem neuen Bildungsfinanzierungspaket werden nicht nur die Studiengebühren in Bayern im Wintersemester 2013/14 abgeschafft, sondern es wird auch im Bereich der beruflichen Bildung ab dem 1. September 2013 ein Meisterbonus in Höhe von 1.000 Euro pro Absolvent eingeführt. Zudem wird es künftig einen Pflegebonus geben, der die Schüler an Altenpflegeschulen, Kinderpflegeschulen und an Fachakademien für Erzieher von der Schuldgeldpflicht befreit. Der VLB begrüßt diese politischen Entscheidungen.

„Berufliche Bildung, der Premiumweg in die Zukunft“

Unter diesem Motto stand im Maximilianeum ein parlamentarischer Abend mit der Landtagsfraktion FREIE WÄHLER BAYERN, der am 08.04.2013 stattfand. Die FREIEN WÄHLER beklagten bei ihrer Veranstaltung, dass die Zahl der Studienanfänger von Jahr zu Jahr steige, aber immer weniger junge Menschen eine Berufsausbildung beginnen würden. Dazu ein Abgeordneter: „Viele wollen heutzutage nicht mehr Erzieher, Elektroinstallateur oder Bäcker werden, obwohl es für zahlreiche Berufe derzeit eine Fülle an offenen Stellenangeboten gibt.“ Als Folge des Fachkräftemangels werden laut einer Studie des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft (vbw) allein in Bayern im Jahre 2035 etwa 410.000 beruflich Gebildete fehlen. Eine Entwicklung, auf die der VLB bereits seit Jahren mit großer Sorge hinweist. Wie der VLB, so sorgen sich auch die FREIEN WÄHLER und alle Parteien im bayerischen Landtag insbesondere um die Situation der beruflichen Schulen im ländlichen Raum, hier besonders um die nordbayerischen Regierungsbezirke, die von der demografischen Entwicklung besonders betroffen sind. In Impulsreferaten thematisierten der Leiter der Abteilung Berufliche Schulen, Erwachsenenbildung und Sport im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Mdg. German Denneborg, und der Leiter des Bereiches Weiterbildung in der IHK für München und Oberbayern, Dr. Ste-

fan Loibl, die aktuellen Herausforderungen in der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion konnte der Leiter der Staatlichen Berufsschule Bad Kissingen, Rudolf Hoffmann, an konkreten Beispielen aus seiner Schule die Herausforderungen eindrucksvoll verdeutlichen.

„Ideen für die beruflichen Schulen“

Auch die SPD-Mitglieder im Bildungsausschuss des Bayerischen Landtags führten am 15. April 2013 im Landtag eine Fachkonferenz zum Thema: „Ideen für die beruflichen Schulen“ durch. Folgende Fragen sollten bei dieser Veranstaltung einer Lösung näher gebracht werden:

- > Unter welchen Benachteiligungen leidet die berufliche Bildung in Bayern im Vergleich zur Allgemeinbildung?
- > Wie kann die berufliche Bildung dem Leitprinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ gerechter werden?
- > Wie sollen sich die Berufsschulen, Berufsfachschulen und die Berufliche Oberschule weiterentwickeln?

Im Mittelpunkt der Fachkonferenz standen zwei gute Beispiele aus Bayern, dargestellt anhand eines Erfahrungsberichts des Leiters der Staatlichen Berufsschule I Straubing mit Außenstelle in Bogen, Johann Dilger, zum Übergangmanagement Mittelschule – Arbeitswelt („Straubinger Modell“) und zum Dualen Studium.

Die Vorstellungen der Vertreter der SPD konzentrieren sich für die beruflichen Schulen u. a. auf die Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit, die Übergänge mit System, die Gleichstellung mit der allgemeinen Bildung, die Berücksichtigung des Migrationshintergrundes der Schüler an Berufsschulen, den Abbau von strukturellen Unterrichtsdefiziten oder die Erhöhung der Lehrerstellen trotz der bestehenden demografischen Entwicklung.

„Es müssen mehr Ressourcen in die beruflichen Schulen fließen“

Unter diesem Motto stand der Parlamentarische Abend mit den Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion am 17.04.2013.

Hierzu verweise ich auf den ausführlichen Beitrag unseres Bildungsreferenten Manfred Greubel auf S. 4 dieser Ausgabe von „vlb-akzente“.

„Eigenverantwortliche Schule“ – der Gesetzentwurf

Wolfgang Lambl hat sich in der Ausgabe 03-04/2013 von „vlb-akzente“ ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Mittlerweile wurde der Gesetzentwurf aufgrund der Verbandsstellungen mit einigen marginalen Änderungen am 16. April 2013 im Landtag eingebracht und wird nun in den Ausschüssen beraten. Spannend bleibt, wie der Gesetzesentwurf den Landtag wieder verlässt, ob das Gesetz zum 01. August 2013 in Kraft treten

kann, wie die entsprechenden Rechtsverordnungen aussehen und ob die Abteilung VII des Kultusministeriums die Gestaltungsmöglichkeiten bei den Ausführungsbestimmungen nutzt. Aus Sicht des VLB und der Profil-21-Schulen bleiben hier etliche Fragen offen, die noch einer Klärung bedürfen. Während der parlamentarischen Beratungen gibt es für die im Landtag vertretenen Parteien durchaus noch Möglichkeiten, Änderungen zu beantragen.

Liebe aktive Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen, dass die bevorstehende Prüfungszeit für Sie nicht zu stressig verläuft und dass Sie die Ratschläge, die beim abl-Lehrergesundheitstag in Ingolstadt gegeben wurden, beherzigen können. (Siehe Artikel Seite 21 ff). Außerdem hoffe ich, dass sich das Budgetdefizit aus den früheren Schuljahren im Schuljahr 2013/14 an den beruflichen Schulen nicht vergrößern wird und die zur Verfügung stehenden Planstellen und Ressourcen zwischen den Schularten und den Regierungsbezirken gerecht verteilt werden.

Bitte setzen Sie sich gerade im laufenden Wahljahr besonders für die Belange der beruflichen Schulen ein. Ich danke Ihnen schon jetzt dafür und wünsche Ihnen alles Gute.

Ihr



Jürgen Wunderlich
Landesvorsitzender

Parlamentarischer Abend der CSU Landtagsfraktion:

Mehr Ressourcen müssen in die beruflichen Schulen fließen

MANFRED GREUBEL

Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich leitete die mit vielen wichtigen Themen gespickte Gesprächsrunde mit dem Dank an die CSU-Fraktion für die inhalts- und zeitgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtensoldung ein. Weiterhin lobte er, dass es endlich gelungen sei, die dringend erforderlichen Verbesserungen für die FOS/BOS durch Schaffung einer mobilen Reserve sowie der längst überfälligen Nachschlüsselungen zu erreichen. Mit Nachdruck stellte er fest, dass die demographische Rendite im System der beruflichen Schulen verbleiben muss. Er führte weiter aus, dass er es nicht länger akzeptiert, dass die Ressourcen verstärkt in den gymnasialen Bereich fließen und den anderen Schularten fehlen. „Es muss mehr in die beruflichen Schulen fließen, damit die Aufgaben der beruflichen Schulen erfüllt werden können“, forderte Wunderlich.

VLB steht für konstruktive und fachlich kritische Arbeit

Der stellvertretende Vorsitzende des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport, Georg Eisenreich, bedankte sich zunächst auch im Namen der CSU-Fraktion für die Einladung und hob in seinem Statement die bisher äußerst konstruktive und fachlich kritische Arbeit mit dem VLB positiv hervor. Für ihn ist die Forderung des Landesvorsitzenden nachvollziehbar und er wird sich bei den Verhandlungen über den nächsten Doppelhaushalt für die Belange der beruflichen Schulen einsetzen. Erste Verbesserungen für die beruflichen Schulen sieht er mit der Verabschiedung des Bildungsfinanzierungsgesetzes verwirklicht. So werden ab 1. September 2013 ein sogenannter Meisterbonus in Höhe von 1.000 € pro Absolvent sowie ein Pflegebonus (Schulgeldersatz bei Altenpflegeschulen, Kinderpfle-

geschulen sowie Fachakademien für Sozialpädagogik) eingeführt. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist für ihn auch die Einführung der integrierten Lehrerreserve für die übrigen beruflichen Schulen. „Dafür werde ich mich einsetzen“, betonte er ausdrücklich.

Ingrid Heckner, Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, ergänzte, dass es für sie ein wichtiges Anliegen ist, die Qualität der beruflichen Schulen zu sichern und zu steigern. Sie setzt sich deshalb für kleinere Klassen und die Erhaltung der Schulsstandorte in der Fläche ein.

Unterrichtsversorgung im ländlichen Raum sichern

„Als kompetenter Partner des dualen Systems will ich die Aufgaben qualitativ gut ausfüllen“ betonte Martin Kraus, stellvertretender VLB-Landesvorsitzender, zu Beginn seiner Ausführungen zur Lehrerversorgung. Dies ist leider nicht in der gewünschten Form möglich, so Kraus, da die Ressourcen fehlen. Dies zeigt sich daran, dass z. B. in der Oberpfalz 13 Prozent des Pflichtunterrichts nicht abgedeckt werden können. Weiterhin befindet sich die Lehrer-Schüler-Relation in einem für die Schüler nicht förderlichen Verhältnis. Die Asylantenbeschulung verstärkt das Problem, da diese Schüler eine intensive Betreuung benötigen. Für Kraus steht fest: „Es ist das Ethos einer jeden Lehrkraft, dass die Prüfung bestanden wird“. Deshalb muss auch im ländlichen Raum die Unterrichtsversorgung in einem für die Schüler förderlichen Maße gesichert sein. Eine Abhilfe für die Asylanten könnte durch die Berufsfachschulen geschaffen werden.

MdL Heinz Donhauser griff diesen Vorschlag auf und warf ein, dass bei den bisher bestehenden Berufsfachschulen zunächst die verfügbare Kapazität zu prüfen ist, bevor weitere gegründet werden. Er stellt sich dabei ein Modell vor, das auf vier Jahre ausgelegt ist und eine



„Es müssen mehr Ressourcen in den Bereich der beruflichen Schulen fließen“ – eine klare Forderung der VLB-Verbandsspitze an die CSU-Fraktion.

intensive Verzahnung mit Betrieben vorsieht, damit eine zielgerichtete Adaption an die Praxis erfolgen kann.

Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Seit einiger Zeit sind besonders die für die berufliche Bildung verantwortlichen Akteure gefordert, sich mit den Folgen des demographischen Wandels zu beschäftigen. Manfred Greubel, Referent für Bildungspolitik, stellte in seinem Beitrag dar, wie die beruflichen Schulen an der Lösung des Problems mitwirken können. Zunächst stellte er die Brisanz an ein paar Zahlen dar. Der bayerischen Wirtschaft stehen bis zum Jahr 2030 rund 650.000 Fachkräfte weniger zur Verfügung als heute. Die Fachkräftelücke, die sich daraus ergibt, wird vor allem ab 2020 stetig größer, wenn der demografische Wandel in Bayern verstärkt spürbar wird. So fehlen im Jahr 2020 voraussichtlich 175.000 Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Zehn Jahre später werden es schon 500.000 Fachkräfte sein. Nicht alle Branchen trifft die Entwicklung jedoch gleichermaßen. Sie wird sich besonders bei den Kaufleuten als größter Berufsgruppe durchschlagen. Auch in Gesundheits- und Pflegeberufen wird erheblicher Mangel auftreten.

Absolut gesehen wird der Fachkräftemangel nicht, wie oft angenommen, von den Akademikern geprägt, sondern von den beruflich Qualifizierten. Dazu zäh-

len Arbeitskräfte, die entweder eine duale Ausbildung abgeschlossen oder sich noch zum Meister/Techniker oder Betriebswirt weitergebildet haben. So entfallen von den 500.000 fehlenden Fachkräften im Jahr 2030 gut 475.000 auf diese Gruppe.

Um die Problematik zu bekämpfen, ist an folgenden Stellschrauben eine Veränderung vorzunehmen: Erhöhung der Quote der ausbildungsreifen Jugendlichen; Reduzierung der Quote der Ausbildungsabbrecher. Ausgangspunkte dafür sind gezielte Kompetenzfeststellungen und darauf aufbauende individuelle Förderpläne für jeden Schüler. Schulen brauchen einen Ausbau der Ganztagsangebote, um mehr Zeit und Möglichkeiten zur Förderung zu haben. Sie brauchen mehr Selbstständigkeit, um flexibel auf die besonderen Bedürfnisse und Situationen ihrer Schüler vor Ort eingehen und hier gezielt ausgleichen zu können.

Weiterhin können Potenziale durch eine stärkere horizontale und vertikale Durchlässigkeit erschlossen werden. Auch der Ausbau der Weiterbildung unter Beteiligung einer stärkeren Beteiligung der beruflichen Schulen ist eine zwingende Notwendigkeit, denn Kompetenzen und Wissen müssen sich verändernden Produktentwicklungsprozessen, neuen Dienstleistungsangeboten, den Weiterentwicklungen in der Arbeitsorganisation sowie der zunehmenden Internationalisierung anpassen.

Diesen Ausführungen stimmte Georg Eisenreich vollumfänglich zu und wird die Vorschläge des Verbandes 1:1 unterstützen. Die frühzeitige Förderung sieht er insbesondere in der ersten und zweiten Grundschulklasse als notwendig an. Zudem soll der Ausbau der gebundenen Ganztagschulen mit Beteiligung von externen Partnern intensiviert werden. Damit eine gezielte Förderung der Schüler bei zunehmender Heterogenität der Schülerschaft möglich ist, sollte der Bereich der Diagnostik in die Lehrerbildung aufgenommen werden. Dieser Forderung schloss sich Ingrid Heckner an. Auch für sie ist die Förderung der Jugendlichen ein wichtiges Anliegen.

Berufliche Schulen benötigen integrierte Lehrerreserve

Der stellvertretende VLB-Landesvorsitzende Wolfgang Lambl leitete seine Forderung nach Berücksichtigung der beruflichen Schulen bei der Ressourcenverteilung ein mit den Worten: „Alle anderen Schulen werden vollgestopft wie eine Weihnachtsgans“. Er stellte dabei jedoch klar, dass eine mobile Reserve für die beruflichen Schulen nicht zielführend sei, sondern es sollen Mittel in das Budget eingestellt werden, die dann von der jeweiligen Schule im Rahmen der Eigenverantwortung zielführend eingesetzt werden. Dies ist seiner Ansicht nach der richtige Ansatz für die Sicherung der Unterrichtsqualität. Dieser Forderung

schlossen sich alle anwesenden Landtagsabgeordneten an.

Evaluation des neuen Dienstrechts ist erforderlich

Wolfgang Lambl dankte zunächst Ingrid Heckner für ihr Engagement als Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Rahmen der Reform des Dienstrechts. Er stellte dar, was für ihn positiv angekommen ist. Dies sind die Stellenhebungen sowie die Verkürzung der Beförderungswartezeiten. Auch ist es ein wesentlicher Fortschritt, dass mittels modularer Qualifizierung die nächsthöhere Qualifikationsebene (im Schuldienst von Q 3 nach Q 4) erreicht werden kann. Hierzu wurde vom Kultusministerium für die staatlichen Fachlehrerinnen und Fachlehrer ein Modellversuch gestartet. Aussagen hierzu sind noch nicht möglich, da noch keine hinreichenden Daten vorliegen. Die Stärken und Schwächen dieses Modellversuchs werden jedoch herausgearbeitet und daraus weitere Konsequenzen gezogen.

Nachbesserungsbedarf sieht Wolfgang Lambl bei der Ruhestandsversetzung auf Antrag mit 64 Jahren. Es ist zwar ein Ausstieg mit Vollendung des 64. Lebensjahres möglich, aber dies bedeutet einen Abschlag von bis zu 10, 8% des Ruhegehaltes, da wohl keine Lehrkraft 45 Dienstjahre erreicht. Weiterhin wird von ihm die Beurteilung bis zum Dienstende nicht für zielführend erachtet. Hier muss ebenfalls eine Änderung erfolgen. Eine Änderung des Beurteilungssystems lehnt Ingrid Heckner jedoch ab und verteidigt ihre Haltung mit dem Verweis auf die leistungsorientierten Besoldungselemente, die an die Beurteilung gekoppelt sind. Auch einen Vorschlag hinsichtlich einer Beurteilung ohne Unterrichtsbesuch lehnte sie aus rechtlichen Gründen ab. Sie kann nicht nachvollziehen, dass Unterrichtsbesuche mit Ängsten besetzt sein müssen. Es sollte in Zukunft vielmehr das Prinzip der „offenen Klassenzimmertür“ gelten, da dadurch mehr Vertrauen geschaffen werden kann.

Wolfgang Lambl kritisierte außerdem die Ausstattung der Schulen mit Fortbildungsmitteln. So stellt er fest: „In den letzten zehn Jahren ist an den Schulen immer weniger angekommen“. Dies ist

angesichts der hohen fachlichen Innovationsgeschwindigkeit an den beruflichen Schulen nicht tragbar. Ohne Eigenbeteiligung der Lehrkräfte wäre eine dringend erforderliche Durchführung einer Fortbildung oft nicht möglich gewesen. Er forderte die Parlamentarier auf, sich sofort für eine deutliche Aufstockung der Mittel einzusetzen. Georg Eisenreich sowie die weiteren Landtagsabgeordneten unterstützen die Forderung des Verbandes mit Nachdruck.

Budgetlücke an Beruflichen Oberschulen schließen

Hans Dietrich, VLB-Referent für die Berufliche Oberschule, bemerkte positiv, dass die FOS/BOS zunehmend wahrgenommen wird. Dies zeigt sich daran, dass deren Forderungen sukzessive berücksichtigt werden. Zu erkennen ist dies an den Stellenhebungen, an der Einführung einer mobilen Reserve, der Einführung von Vorklassen etc.

Dies darf jedoch nicht davon ablenken, dass noch eine Budgetlücke besteht. Momentan sind nur 96 Prozent der Unterrichtsversorgung abgedeckt. Diese Lücke gilt es zu schließen. Hans Dietrich anerkennt die Einrichtung einer mobilen Reserve. Hält diese für die berufliche Oberstufe jedoch nicht für zielführend und fordert deshalb die Umwandlung in eine integrierte Reserve, da dies der einzelnen Schule die notwendige Flexibilität verleiht. Zudem entspricht dies dem Prinzip der eigenverantwortlichen Schule. „Wir sind noch nicht dort angekommen, wo wir hingehören“ führte Dietrich weiter aus. Ein notwendiges, flächendeckendes Angebot an 13. Klassen ist noch nicht vorhanden. Auch die Versorgung mit Verwaltungspersonal muss wegen der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Belastung der Verwaltungskräfte verbessert werden.

Politische Weichenstellungen belasten Wirtschaftsschule

Randolf John, Referent für Wirtschaftsschulen, leitete seine Ausführungen mit folgender Situationsbeschreibung ein: „Es herrscht ein rauer Seegang. Ich bin mit einer schnittigen kleine Motoryacht unterwegs. Um mich herum sind mächtige Tanker – Mittelschule, Real-

schule und Gymnasium“. Er führt weiter aus, dass die Bedrohung durch diese Schiffe durch politische Weichenstellungen erfolgt ist. Der politische Wille war, diese Schulen zu stärken und hat dabei die Konsequenzen für die Wirtschaftsschule ignoriert. Die Wertschätzung einer Schulart, die im Vergleich zu den anderen Schularten eine signifikant höhere Bestehensquote vorweisen kann, wird nicht gewürdigt. Er fordert, dass den Schülern weiterhin das Einsteigen in ein gut funktionierendes System erhalten bleiben muss. Die Beratung für die Wirtschaftsschule muss verstärkt werden.

Georg Eisenreich konnte sich hinsichtlich der Wertschätzung seitens der Politik den Worten von Randolf John nicht anschließen. Er bekundete seine Wertschätzung für die Wirtschaftsschule. Dies wurde auch von den weiteren Landtagsabgeordneten unterstützt. Er versuchte den Schülerrückgang an den Wirtschaftsschulen damit zu begründen, dass der Kuchen, der zu teilen ist, kleiner geworden ist und ein Verdrängungswettbewerb eingetreten ist. Er gab jedoch klar zu verstehen, dass die Mittelschule dringend erhalten werden soll.

Lehrstuhl für Pädagogik an der TUM zeitnah besetzen

Alexander Kraus, Studentenvertreter, spricht die dringende Nachfolgeregelung von Prof. Schelten an. Es hat sich leider bisher noch keine Lösung ergeben. Dies hat dazu geführt, dass sich mittlerweile ein Attraktivitätsproblem ergeben hat. Festzustellen ist dies an der sehr geringen Zahl von Studienanfängern im Bereich Metall- und Elektrotechnik. Dabei stellt sich die Frage, wie kann das Interesse geweckt und der dringend benötigte Bedarf an zukünftigen Lehrkräften dieses Berufsfeldes gedeckt werden. Eine Lösung ist die zeitnahe und adäquate Besetzung.

Die anwesenden Landtagsabgeordneten zeigten Verständnis für das Anliegen. Sie bedauerten, dass sie hier keine Handlungsmöglichkeiten haben, da das Besetzungsverfahren in den Autonomiebereich der Universität fällt. Sie werden jedoch das Problem mit dem Wissenschaftsministerium besprechen.

Fazit

Es war wieder ein Abend, bei dem es sich gezeigt hat, dass ein Informationsaustausch zwischen Vertretern des VLB und Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion wichtig und weichenstellend ist. Vor allem dann, wenn es gelingt, die Anliegen so darzustellen, dass sie von den Abgeordneten anerkannt und in den kommenden politischen Entscheidungen umgesetzt werden. Bei vielen der vorgebrachten Forderungen kann davon ausgegangen werden, dass dem so ist. Es kann also erwartet werden, dass sich die Abgeordneten persönlich für die Belange der beruflichen Schulen in Bayern einsetzen. Positiv anzumerken ist auch die von den Abgeordneten den Lehrkräften entgegengebrachte Wertschätzung und Anerkennung für die erbrachten Leistungen. Leider reichten zweieinhalb Stunden intensiver Gespräche nicht aus, um alle vorgesehenen Tagesordnungspunkte vorzubringen. So konnten Themen wie die Berufsgruppenbeschulung, die Lehrerbildung, die Inklusion oder das Anforderungsprofil zur Anstellung von Fachlehrerinnen nur punktuell angediskutiert werden. Eine Vertiefung findet bei weiteren Gesprächen statt.

Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich bedankte sich bei den Teilnehmern für den äußerst konstruktiven und offenen Meinungsaustausch. Alle waren sich darüber einig, den Dialog gerne fortsetzen zu wollen. ■

Teilnehmer

CSU-Fraktion:

*Ingrid Heckner, Georg Eisenreich
Heinz Donhauser, Eduard Nöth
Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder*

VLB:

*Jürgen Wunderlich, Wolfgang Lambl
Martin Kraus, Pankraz Männlein
Christian Wagner, Hans Dietrich
Manfred Greubel, Randolph John
Rudi Keil, Robert Kölbl
Max-Peter Neumann, Julia Bergler
Alexander Kraus*

Der Geschäftsführende Vorstand im Gespräch mit Bildungs-Staatssekretär Bernd Sibler:

Die demografische Rendite muss im Bildungssystem verbleiben ...

ALEXANDER LIEBEL

... so Staatssekretär Bernd Sibler im Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des VLB. Man traf sich im Kultusministerium, um sich einerseits persönlich kennen zu lernen (der Vorstand hatte sich durch die Neuwahlen im November doch deutlich verändert) und andererseits wichtige inhaltliche Fragen zu besprechen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und auch klar zu definieren, wo es unterschiedliche Auffassungen gibt. Man war sich von vorne herein darüber im Klaren, in dieser Runde nicht alle relevanten Themen umfassend behandeln zu können.

Die Unterrichtssituation ist nach wie vor verbesserungswürdig

„Es besteht immer noch eine Budgetlücke an den beruflichen Schulen, das ist nicht wegzudiskutieren“, so Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich, der in seinem Eingangsstatement auf die Expertenanhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Bayerischen Landtages zum Thema „Perspektiven der beruflichen Bildung im Jahr 2012“ einging, bei der die Problematik des Budgetdefizits ausführlich angesprochen wurde.

„Die Situation wird in der Öffentlichkeit deshalb nicht als so dramatisch wahrgenommen, weil die beruflichen Schulen in ihrer Verantwortung gegenüber den jungen Menschen alles, aber auch wirklich alles tun, um die Ausfälle zu minimieren. Das führt eben auch leider dazu, dass erforderliche Klassen- und wünschenswerter Förder-/Wahlunterricht nicht angeboten werden kann“, schilderte Wunderlich die Realität in den Schulen.

Staatssekretär Sibler zeigte Verständnis für das Anliegen des Verbandes und versprach auch, sich für die Verbesse-

rung der Situation einzusetzen. „Um die Situation ehrlich und offen einschätzen zu können, muss man darauf hinweisen, dass vom Ministerium das schulische Angebot im vergangenen Jahr - gerade auch unter Berücksichtigung der Wünsche von beruflichen Schulen - erheblich ausgeweitet wurde“, so Sibler. „Genannt seien an dieser Stelle exemplarisch Fachakademien für Sozialpädagogik, zusätzliche Fachrichtungen an Fachoberschulen, Berufsfachschulen für Hotel und Tourismus, Berufsschule PLUS ...“. „Um es klar zu sagen: Das Thema ist massiv bei uns angekommen“, unterstrich der Staatssekretär seine Position in dieser Frage.

Klaus Vietze, Schriftführer im VLB und Chef der Beruflichen Oberschule Bayreuth, gab zu bedenken, „... seit Jahren liegt eine Unterversorgung der Schulen mit Lehrkräften vor. Eine Budgetlücke von 4% kann und darf nicht zufrieden stellen. Gleichwohl muss man die erfolgten Maßnahmen des Ministeriums zur Verbesserung der Lehrerversorgung anerkennen“.

Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Berufspädagogik an der TU München ist für den VLB enorm wichtig

Prof. Schelten wird noch in diesem Jahr in Ruhestand gehen. „Von Seiten des VLB ist es ein äußerst wichtiges Anliegen, dass die Studierenden des Lehramtes an beruflichen Schulen, die sich im Bachelor- oder Masterstudium an der TUM befinden, auch nach der Zeit von Prof. Schelten berufspädagogisch fachkompetent ausgebildet werden“, betonte Jürgen Wunderlich.

„Nur wenn der Lehrstuhl wiederum mit einem Berufspädagogen bzw. einer Berufspädagogin besetzt wird, sind die Voraussetzungen gegeben, um ein schulartspezifisches und kompetenzorientiertes Studium für unsere Profession zu ge-



Die VLB-Verbandsspitze konstruktiv im Gespräch mit Staatssekretär Bernd Sibler.

währleisten“, brachte Wunderlich die Erwartung des VLB auf den Punkt.

„Selbstverständlich besitzt die rasche und zukunftsorientierte Besetzung von Lehrstühlen im Bereich der Lehramtsstudiengänge extrem hohe Bedeutung, insbesondere natürlich, wenn es sich dabei um Bereiche mit Mangelsituationen handelt, das brauche ich nicht zu betonen“, reagierte Staatssekretär Sibler auf den Wunsch nach Unterstützung des VLB in diesem Punkt.

Unterrichtspflichtzeit auf 23 Wochenstunden senken

Stellvertreter Landesvorsitzender Wolfgang Lambl stellte die Position des VLB zum Thema Unterrichtspflichtzeit für Lehrkräfte an beruflichen Schulen dar.

Er bedankte sich ausdrücklich dafür, „dass die Fehler von 2004 (Erhöhung der Lehrerarbeitszeit, die Redaktion) korrigiert wurden und noch werden. Das betonen wir auch immer wieder gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen“.

Lambl bezog sich dabei auf die Forderungen der Delegiertenversammlung beim letzten Berufsbildungskongress im November 2012 in Bad Kissingen:

- > Gleiche Unterrichtspflichtzeiten der Lehrkräfte des Beruflichen Schulwesens wie Lehrkräfte an Gymnasien;
- > Anpassung der Unterrichtspflichtstunden des „gehobenen Dienstes“ (Fachlehrer) an die Unterrichtsver-

pflichtung der Lehrkräfte des „Höheren Dienstes“ (alte Sprachregelung).

Bernd Sibler zeigte einerseits Verständnis für die Forderung, stellte aber auch eindeutig klar: „Im Vordergrund muss für das Ministerium die Unterrichtsversorgung stehen, da führt kein Weg daran vorbei. Es gibt derzeit keinen Zeitplan für die Umsetzung dieses VLB-Zieles“.

Integrierte Lehrerreserve für alle beruflichen Schulen

„Der vollzogene Einstieg in die integrierte Lehrerreserve wird von uns uneingeschränkt begrüßt und ist ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung“, so Wolfgang Lambl gegenüber dem Staatssekretär.

Die GV-Mitglieder schilderten aus ihren jeweiligen schulischen Erfahrungen heraus, wie bedeutsam eine integrierte Lehrerreserve an allen beruflichen Schulen ist. „Insbesondere unter dem Aspekt des Qualitätsmanagements macht es natürlich Sinn, wenn z. B. der Metaller den Metaller im Falle einer Krankheitsvertretung ersetzt“, brachte Christian Wagner ein Beispiel aus dem gewerblich-technischen Bereich.

Staatssekretär Bernd Sibler: „Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus steht zum Ziel einer integrierten Lehrerreserve an den beruflichen Schulen“. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP aus dem Jahr 2008,

in dem man vereinbart hatte, „die demografische Rendite müsse im Bildungssystem verbleiben“.

Dauerthema: Anrechnungsstunden für stellvertretende Schulleiter/innen

Kein Gespräch mit Vertretern sowohl der Legislative als auch der Exekutive, in dem dieses Thema nicht von den jeweiligen VLB-Verantwortlichen angesprochen wird. Schlicht und ergreifend, weil es die Schulen drückt und schmerzt. Die existierende Regelung bedeutet in der Praxis, an den beruflichen Schulen ist es nur in äußerst bescheidenem Rahmen möglich, besondere Anforderungen an die Lehrkräfte mit Zeitanteilen im Rahmen ihrer zu erbringenden Arbeitszeit zu hinterlegen.

Man braucht nicht um den „heißen Brei“ herumreden. Der Durchbruch ist auch in diesem Gespräch nicht gelungen. Staatssekretär Sibler bezeichnete den wiederholten Vorstoß auf diesem Gebiet als „begründet wünschenswert“. „Ich muss allerdings klar darauf hinweisen, Priorität für das Ministerium ist die Vermeidung von Unterrichtsausfall“.

Der VLB wäre aber nicht der VLB, wenn er resignieren würde. „Herr Staatssekretär Sibler, bis zum nächsten Gespräch legt Ihnen der VLB ein Konzeptpapier zu diesem Thema vor“, so stellvertretender Landesvorsitzender Wolfgang Lambl.

Gesetzentwurf „Eigenverantwortliche Schule“

Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich hat auf die detaillierte Stellungnahme der Verbandes verwiesen, die wenige Tage vor dem Gesprächstermin im Ministerium eingegangen ist. Sibler hat um Verständnis gebeten, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage treffen kann, weil die Stellungnahmen des VLB und anderer Verbände zuerst sorgfältig analysiert und gewürdigt werden müssen.

Der Staatssekretär verwies aber deutlich auf den Faktor Zeit. „Aufgrund des Diskontinuitätsprinzips muss das Parlament vor dem 1. August 2013 über den Gesetzentwurf entschieden haben, ansonsten muss wegen des Endes der Le-

gislaturperiode „die Uhr wieder auf null gestellt werden“.

Das Ministerium bekennt sich zur Bayerischen Wirtschaftsschule

„Die Bayerische Wirtschaftsschule hat einen sehr guten Namen, wir stehen zu ihr“, betonte StS Siebler mehrmals im Gespräch. Durch die curriculare Reform erhofft sich das Ministerium eine deutliche Attraktivitätssteigerung. Insbesondere durch die Fächer Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle, Wirtschaftsgeografie und die Übungsunternehmen erfolgt eine deutliche Profilschärfung. Darüber hinaus wird durch die Einführung von Mathematik als Pflichtfach – jedoch nicht als obligatorisches Abschlussprüfungsfach – der Übergang in die Berufliche Oberschule verbessert.

Randolf John, wieder gewählter Referent für Wirtschaftsschulen, bedankte sich bei der beruflichen Abteilung für das engagierte Eintreten für die Wirtschaftsschule. Die curriculare Neuausrichtung ist „ein Kompromiss vieler diskussionsreicher Treffen“. Gleichzeitig äußerte John allerdings deutliche Zweifel, ob „vor dem Hintergrund massiver demografischer Entwicklungen und der starken Veränderungen innerhalb des schulischen Umfelds allein curriculare Maßnahmen ausreichen, die Zukunft der Wirtschaftsschule langfristig zu sichern“.

„Ein zentrales Problem für die Wirtschaftsschule sei z. B., dass sie sich formal mit der Verleihung ihres Mittleren Bildungsabschlusses nicht mehr von der Mittelschule oder auch von der Berufsschule abheben könne“, so John. Der aus Sicht der Eltern und Schüler so bedeutsame „Mehrwert“ in Form eines höheren Bildungsabschlusses könne durch den Besuch der Wirtschaftsschule nicht mehr erreicht werden.

„Keine spektakulären Ergebnisse, aber eine vertrauensbildende Maßnahme,“ ...

... so würden vielleicht Journalisten aus den politischen Redaktionen der Zeitungen titeln, die berufsmäßig Gesprächsergebnisse für ihre Leserinnen und Leser kurz und knapp auf den Punkt bringen müssen.

Es war ein offenes und ehrliches Gespräch, in dem Gemeinsamkeiten ebenso deutlich herausgearbeitet wurden wie unterschiedliche Positionen. Dankenswerterweise haben alle Beteiligten verzichtet, blumige und unverbindliche Floskeln auszutauschen. In gegenseitigem Respekt hat man Klartext gesprochen und die jeweiligen Standpunkte

in sachlicher Weise argumentativ untermauert.

Staatssekretär Bernd Siblinger und Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich haben beide die Absicht bekräftigt, den Meinungsaustausch auch in Zukunft in regelmäßigen Abständen fortzuführen. „Uns werden die Themen sicherlich nicht ausgehen“, so Wunderlich. ■

VLB-Positionspapier:

Studium Dual – mit Beteiligung der Berufsschulen ein attraktives Modell

MANFRED GREUBEL

Die dualen Partner müssen sich in den nächsten Jahren wegen der quantitativen Verschärfung der Marktverhältnisse aufgrund der demografischen Entwicklung und einer qualitativen Verschärfung in Folge des Wandels in der Arbeitswelt verstärkt um Lösungsstrategien für die Gewinnung von leistungsstarken Auszubildenden bemühen.

Die Betroffenheit wird innerhalb Bayerns sehr unterschiedlich sein. So wird Oberbayern in den kommenden 20 Jahren als einziger Regierungsbezirk in Bayern noch mit einer deutlichen Bevölkerungszunahme (+ 6,5 %) rechnen können. Die Regierungsbezirke Mittelfranken, Niederbayern und Schwaben werden eine relativ stabile Einwohnerentwicklung vorweisen können. Jedoch müssen sich weite Teile der Oberpfalz und besonders die Regierungsbezirke Unterfranken und Oberfranken auf deutliche Bevölkerungsverluste einstellen. Die dramatische Bevölkerungsentwicklung soll am Beispiel des am stärksten betroffenen Regierungsbezirks Oberfranken verdeutlicht werden. So wird die Zahl der Jugendlichen im Alter von 16 bis 19 im Zeitraum von 2012 bis 2031 von 33.500 auf 24.400 abnehmen. In der Altersgruppe von 19 bis 25 wird eine Abnahme im gleichen Zeitraum von 77.700 auf 54.800 erfolgen. Dies bedeutet, dass die sinkende Ausbildungsplatznachfrage aus dem Kreis der nichtstudienberechtigten Schulabsolventen auch

durch die verstärkte Gewinnung von Abiturienten kompensiert werden muss.

Verstärkt wird diese Notwendigkeit, weil die Geschwindigkeit des Wandels der Arbeitswelt und die Komplexität der Berufswelt voraussichtlich auch in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Damit verbinden sich aber auch höhere Ansprüche an die Beschäftigten. Bott/Helmrich/Schade (2008, S. 11) fassen den Trend prägnant zusammen: „Informations- und Wissensarbeit nimmt mit dem Technologisierungstrend der Produktions- und Wirtschaftsprozesse der Industriegesellschaft und dem Übergang zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft zu und bedingt Änderungen sowohl bei den Tätigkeiten als auch bei den Qualifikationsanforderungen. Die Tätigkeitsinhalte wandeln sich von materialbezogener Arbeit zu daten-, informations- und wissensbezogener Arbeit“.

Es sind somit weitere Anreize zu schaffen, um Abiturienten verstärkt für eine Ausbildung zu motivieren. Eine immer beliebtere Möglichkeit ist das Studium dual. Dieses gewinnt in Bayern immer mehr Zulauf. So stieg die Zahl vom Sommersemester 2006 bis zum Wintersemester 2012/13 von 650 auf 5088 Studierende. Die Studierenden können dabei unter 320 Studienmöglichkeiten in Bayern wählen.

Von den vier Modellen dualer Studiengänge (praxisintegrierend, berufsintegrierend, berufsbegleitend und ausbildungsintegrierend) wird in Bayern das ausbildungsintegrierende von 3.055 der

5.088 dual Studierenden gewählt. Dies ist auch das Modell, das der VLB als besonders zielführend betrachtet. Denn es verbindet die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit dem Studium. Somit werden zwei Abschlüsse erreicht. Eine abgeschlossene Berufsausbildung und der Abschluss als Bachelor. Dies stellt eine attraktive Alternative zum „klassischen“ Studium dar. Besonders erfolgreich ist das Modell, wenn neben dem Lernort Betrieb und Hochschule die Berufsschule eingebunden ist. Hier gibt es bereits sehr gute Erfahrungen.

Für das Verbundstudium mit Beteiligung der Berufsschulen sprechen für die dual Studierenden neben der Möglichkeit, zwei Abschlüsse, also einen beruflichen und einen akademischen, zeitsparend zu erlangen sowie der finanzielle Anreiz durch die Ausbildungsvergütung folgende Vorteile:

- > Guter didaktischer und methodischer Theorie-Praxis-Transfer durch kontinuierliche berufliche Anwendung des in separaten sowie leistungshomogenen Fachklassen erarbeiteten und mit den Ausbildungsbetrieben und der Hochschule abgestimmten fachwissenschaftlichen Wissens sowie dessen fachpraktische Umsetzung.
- > Den Studierenden fällt das Studium wesentlich leichter, weil ihnen die Berufsschule ein hohes Maß an Lern- und Arbeitstechniken vermitteln kann.
- > Die Berufsschulen bieten eine fundierte und gezielte Vorbereitung auf die Kammerprüfung.
- > Verbesserte Arbeitsmarkt- und Karrierechancen, da Absolventen/-innen eines dualen Studiums sofort als qualifizierte Fachkräfte einsetzbar sind und nicht mehr zeitintensiv eingearbeitet werden müssen.

Der VLB unterstützt dieses Modell, da er überzeugt ist, dass mit dem ausbildungsintegrierenden dualen Studium vor allem unter Beteiligung der Berufsschulen hochqualifizierte, akademisch ausgebildete Fachkräfte gewonnen werden können, die wegen des demographischen Wandels sowie der gestiegenen Anforderungen in wissensbasierten Berufen dringend benötigt werden. ■



Aktuelle Informationen in Personalratsangelegenheiten und zum Dienstrecht erhalten Sie, wie in jeder Ausgabe der vlb-akzente, vom stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl.

HPR-Tag mit Kultusminister Dr. Spaenle und Staatssekretär Sibler:

„Erste Hilfe“ für die Beruflichen Schulen und Freistellung der Personalräte

WOLFGANG LAMBL

Der „HPR-Tag“ mit Kultusminister Dr. Spaenle und Staatssekretär Sibler hat einen festen Platz im Meinungsaustausch der politischen Spitze des Kultusministeriums mit „dem Parlament aller Beschäftigten an Schulen“ und wird von allen Gesprächspartnern sehr hoch geschätzt.

Dr. Spaenle berichtet in kursorischer Darstellung über die Veränderungen im beruflichen Feld der Lehrkräfte: Dienstrechtsreform, Verkürzung der Wiederbesetzungssperre, Besoldungserhöhung, Inkrafttreten von Leistungselementen ab 01.05.2013, Arbeitszeitrückführung und einiges mehr; dabei ging er verglei-

chend auch auf die Situation in den anderen Bundesländern ein und betonte in diesem Zusammenhang die Verlässlichkeit der Politik in Bayern. Abschließend dankte er den Mitgliedern des Hauptpersonalrats auch stellvertretend für alle Personalvertreter vor Ort in den Schulen für deren Engagement in dem besonderen Tätigkeitsfeld Schule.

Staatssekretär Sibler ging in seinen Ausführungen auf den Flächenstaat Bayern mit den unterschiedlichen Bedürfnissen und Situationen der Schulstandorte von der Großstadt bis in den ländlichen Raum ein und thematisierte dabei besonders den demographischen Wandel in den Regierungsbezirken. Er betonte die Besonderheiten des Umgangs



HPR-Vorsitzender Rolf Habermann (Mitte) bedankt sich bei Minister Dr. Ludwig Spaenle und seinem Staatssekretär Bernd Sibler für den Meinungsaustausch mit den Personalräten.



Konstruktiv im Dialog - die KM-Spitze mit den VLB-Hauptpersonalräten.

mit den Unterschieden, wie den Demographie- oder den Integrationszuschlag. Insgesamt gibt es auch nach der aktuellen Hattie-Studie, die die Lehrerpersönlichkeit prägend im Mittelpunkt des Unterrichts sieht, Arbeitsfelder wie die Personalgewinnung, die Ausgestaltung der Fort- und Weiterbildung, auch hinsichtlich von Führungsaufgaben. Die Fortbildungsmittel wurden um eine Million Euro aufgestockt, was ebenfalls als Signal der Bedeutung dieser Maßnahmen zu werten sei.

Im Weiteren wurde vom Minister erläutert, dass auf KMK-Ebene die Mobilität im Lehrerbereich verbessert wurde (u. a. Vorbereitungsdienst, Bewerbungen).

Nach der kurzen Plenumsitzung nahmen sich Staatsminister Dr. Spaenle und Staatssekretär Sibler jeweils ca. 30 Minuten für die Hauptpersonalräte der Einzelgruppen Zeit, so auch mit für die der Gruppe der Lehrer an beruflichen Schulen. Wolfgang Lambl und Rudolf Keil konnten bei dieser Gelegenheit die momentan wichtigsten Punkte ansprechen.

Mehrarbeit durch Modell „LUZIFER“ ausgleichen

Durch die neugefasste KMBek zur Mehrarbeit im Schulbereich wird nun sichergestellt, dass jede geleistete Mehrarbeit nach den Verwaltungsregelungen im KMS vom 16.05.2007 (LUZ) in die Jahresunterrichtszeit Berücksichtigung findet und grundsätzlich im darauffolgenden Schuljahr ausgeglichen wird.

Unterrichtspflicht aller Lehrkräfte an beruflichen Schulen auf 23 Wochenstunden

Die Gruppe der Lehrer an beruflichen Schulen brachte wiederum den Antrag vor, dass die Unterrichtspflichtzeit für alle Lehrkräfte an beruflichen Schulen auf 23 Wochenstunden zu reduzieren ist.

Staatsminister Dr. Spaenle verwies auf die momentane Haushaltslage und sah hier vorerst keinen Spielraum.

Zusätzliche Leitungszeit für Schulleiter-Stellvertreter

Die beiden Hauptpersonalräte Lambl und Keil brachten eindrucksvoll die Notwendigkeit einer zusätzlichen Leitungszeit für die Stellvertreter an beruflichen Schulen zum Ausdruck.

Politiker und Hauptpersonalräte kamen überein, dass diese Problematik bei der erforderlichen Neufassung der Verwaltungs- und Rechtsvorschriften angegangen werden kann.

Integrierte Lehrerreserve an allen beruflichen Schulen

HPR Lambl lobte die Einführung einer mobilen Reserve im Umfang von 50 Stellen an den Fach- und Berufsober-schulen im laufenden Schuljahr. Von Seiten der HPR-Vertreter wurde für die anderen beruflichen Schulen eine „integrierte Lehrerreserve“ vorgeschlagen.

Staatsminister und Staatssekretär nahmen diesen Vorschlag auf und stellten eine Einbeziehung in die Personalplanungen in Aussicht.

Weitere Erhöhung der Freistellung für die örtlichen Personalräte erforderlich

Wolfgang Lambl erinnerte an die mit Staatsminister Dr. Spaenle am 24.03.2011 getroffene Vereinbarung:

- > Erhöhung der Freistellung ab 01.08.2011 in einem ersten Schritt
- > ggf. Evaluation Ende 2012/Anfang 2013
- > Weitere Erhöhung der Freistellung ab 01.08.2013 in einem zweiten Schritt

Gründe:

- > Weitere Pflichten und Aufgaben der örtlichen Personalräte
- > Neues Dienstrecht
- > Vergabe leistungsbezogener Besoldung Art. 77 a BayPVG ab 01.05.2013

Kultusminister Dr. Spaenle und Mdgt. Kufner sagten den HPR-Vertretern die Durchführung einer zeitnahen Evaluierung des weiteren Freistellungsbedarfs durch eine Befragung der örtlichen Personalräte zu. ■

Grundschulung Teil II für Personalvertreter beruflicher Schulen:

Gesprächsführung – Initiativrecht – Dienstvereinbarungen – LUZ und mehr

RÜDIGER KLEIN

Die Abgeschiedenheit am Klosterberg von Banz hoch über dem oberen Maintal, das bei Bad Staffelstein den verheißungsvollen Landschaftsnamen „Gottesgarten“ trägt, lässt ahnen, was monastisches Leben in früheren Jahrhunderten bedeutete: ora et labora – schwitzen beim Holzmachen und beim Beten, frieren beim Essen und in den unbeheizten Mönchszellen.

Die Dientzenhofers und zuletzt bis weit in die 1770er Jahre hinein sogar Balthasar Neumann zeichneten für den Neubau der Klosterkirche und der sich nach Nordwesten hin daran anschließenden barocken Vierflügelanlage des Klosters verantwortlich. Die katholische Kirche stand im Zenit ihrer weltlichen Macht und in Banz oder gegenüber in Vierzehnheiligen demonstrierten Repräsentationsbauten von europäischem Rang das nach dem Dreißigjährigen Krieg und mit der Gegenreformation wiedererlangte katholische Selbstbewusstsein. Mit Ordenschlössern, Stadtresidenzen und raffiniert konstruierten Kirchensälen sollten der Weltenschöpfer und die eigene Fürstlichkeit gleichermaßen zelebriert werden. Vom Armutsgebot des heiligen Benedikt hatte man sich damit jedoch ordentlich weit entfernt.

Titanenarbeit überm Maintal

Der besondere Ort spornte die Referenten wie die über vierzig Teilnehmer der Grundschulung (Teil II) für Personalräte dann aber offenbar zu weltlich-profaner Höchstleistung an. Die Hausherrin, die Hanns-Seidel-Stiftung, gab dabei eine bewährt verlässliche Veranstaltungspartnerin ab.

Wolfgang Lambl und Rudolf Keil, die beiden Hauptpersonalräte des VLB im 25-köpfigen Hauptpersonalratsgremium am bayerischen Kultusministerium, leisteten Titanenarbeit. Mit der Analyse aktueller Streitfälle im Rahmen der Per-

sonalvertretung sekundierte schließlich noch der mittelfränkische Bezirkspersonalrat Horst Lochner.

Ziel dieses zweiten Teils der Grundschulung für Personalräte ist es ja vor allem, dass die neuen Personalvertreter an den beruflichen Schulen, die sich zwischenzeitlich doch recht passabel in ihrem Aufgabenfeld orientiert haben, anhand von möglichst realistischen Entscheidungsszenarien überprüfen können, wie sattelfest sie schon im Umgang mit dem Personalvertretungsgesetz sind, und dass sie mehr Sicherheit für ihre Amtsführung finden.

Das beginnt dann mit so banalen Dingen wie einem angemessenen und zielführenden Beratungsgespräch und endet womöglich mit der hohen Kunst einer tragfähigen und vertragsrechtlich einwandfreien Dienstvereinbarung mit der Schulleitung an der eigenen Schule.

Ganz bewusst sei die Veranstaltungsdreiteilung für die im Sommer 2011 gewählten und bis Mitte 2016 amtierenden neuen Personalräte bei den Grundschulungsmodulen gewählt worden, erklärte Wolfgang Lambl im Rahmen seiner Begrüßung für die Teilnehmer.

Denn zwischenzeitlich hätten alle in ihrem neuen Amt erste Erfahrungen gemacht, sie hätten auch erkannt, wie viel Arbeit dieses wertvolle Ehrenamt zeitige, erste Frustrationen seien überstanden und erste Erfolge einer gut organisierten und kontinuierlichen Arbeit würden sich wohl auch abzeichnen. An diesem Punkt angelangt, sollte es also durch die Aufbauschulung noch einmal einen motivierenden Energieschub geben.

Ein Parforceritt wurde es dann: Mitbestimmung und Mitwirkung wurden analysiert, Informations-, Anhörungs- und Initiativrecht des Personalrats standen im Fokus der Fallbearbeitung und die Zusammenarbeit der Personalvertretungen mit den Stufenvertretungen, der Schwerbehindertenvertretung und den Gleichstellungsbeauftragten wurde im

Detail und anschaulich präsentiert und immer wieder auch in Gruppenarbeiten exemplarisch erprobt.

Dann kam LUZ

Einen schweren und meist auch knifflig zu handhabenden Brocken bei der Personalratsarbeit an den Schulen stellt oft genug auch die Mehrarbeit für das Kollegium dar. Personalräte, so die einheitliche Aussage der Veranstaltungsteilnehmer, geraten da geraden Wegs zwischen alle Stühle, wenn das Kollegium an ihrer Schule mit der Handhabung durch die Schulleitung nicht zufrieden ist, weil die Umsetzung der Stundenerfassung nicht transparent und eindeutig nachvollziehbar gelingt. Aber, so die eindeutige Position der Hauptpersonalräte und des KM, da dürfen die örtlichen Personalräte nicht für örtliche Regelungen haftbar gemacht werden, die wider die eindeutigen Vorgaben seitens des Ministeriums von so mancher Schulleitung konstruiert und dann womöglich auch noch im Hauruck-Verfahren durchgesetzt werden sollen. Das KM hat mit mehreren Kultusministeriellen Schreiben (KMS) längst schon und ganz prinzipiell für Klarheit gesorgt. Das gilt besonders für die leidige Aufrechnung von Stundenausfällen nach den Abiturprüfungen an den Fach- und Berufsoberschulen. Prinzipiell gilt hierbei, dass die Stundenausfälle derjenigen Lehrkräfte, die als Prüfer tätig waren, mit den zum Teil doch recht erheblichen Mehrleistungen bei den Prüfungen definitiv als ausgeglichen zu gelten haben. Noch dazu hat zuletzt am 11. April 2013 MR Maximilian Panzerl von der KM-Abteilung VII auf einer Direktorenkonferenz und auf einer Fortbildungsveranstaltung für Personalräte neuerlich darauf hingewiesen, dass man auf „Erden niemals absolute Gerechtigkeit erfahren“ werde. Das entbinde aber keine Schulleitung davon, sich um Gerechtigkeit zu bemühen. Und die, so der Dienstrechtsspezialist der Abteilung

VII, die könnten Schulleitung und Kollegium oft besser erreichen, wenn sie gemeinsam nicht nur auf die kurze Distanz eines Schuljahres sähen, sondern mehrere Jahre in den Blick nähmen. Das KM hat damit aber auch verdeutlicht, dass die Schulleitungen nur in extremen Ausnahmefällen oder mit Lehrkräften, die aufgrund ihrer Fächerkombination beispielsweise gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang an Prüfungen beteiligt sind, eine Regelung finden muss, wie der Stundenausfall nach den Prüfungen zu kompensieren ist.

Der Ball liegt im Tor der Schulleitungen

Wohlgemerkt: Dieser Ball liegt im Tor der Schulleitungen. Die werden aber wahrscheinlich den Teufel tun, sich mit ihren Kollegien wegen eines Stundenausfalls zu überwerfen, der ja nur in den seltensten Ausnahmefällen nicht durch Prüfertätigkeiten ausgeglichen wird.

Anders als bei den Anrechnungsmodalitäten für FOS/BOS gelten besondere Regelungen bezüglich des Unterrichtsausfalls bei nicht schulischen Berufsabschlussprüfungen der Kammern.

Die Berufsschulen in Bayern wenden zudem das in drei Kultusministeriellen Schreiben (KMS vom 16. Mai 2007, vom 25. Juni 2008 und vom 12. August 2008) zunächst vorgestellte und dann mehrfach präzisierende, verpflichtende Verfahren zur Erfassung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrer an beruflichen Schulen (kurz: LUZ) zwischenzeitlich flächendeckend an, erklärte Wolfgang Lambl eingangs seiner Ausführungen zum Thema „Arbeitszeit – Unterrichtspflichtzeit – Mehrarbeit“. In Schulen, die dieses Jahresunterrichtszeitfassungskonto für ihre Lehrkräfte eingerichtet haben und führen, ist die Erfassung von sogenannten Minus- bzw. Plusstunden bequem zu leisten. Das Modell ist transparent, übersichtlich und an Berufsschulen von den meisten Kolleginnen und Kollegen akzeptiert.

In der KMBek zur „Mehrarbeit im Schulbereich“ wird zudem klargestellt und verfügt, dass „ausgleichspflichtige Mehrarbeit (...) bei Sonderregelungen zur Arbeitszeit im Bereich der beruflichen Schulen (...) nicht vorliegt.“

Hauptpersonalräte der abl geben Broschüre zur Mehrarbeit im Schulbereich heraus

Die Hauptpersonalräte in der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrkräfte (abl) haben jetzt eine Handreichung zur Mehrarbeit im Schulbereich vorgelegt, die für Mitglieder der Schulleitung und des Personalrats gedacht ist. Auf 16 Seiten nehmen sich die Autorinnen und Autoren gewichtige Fragen zu Mehrarbeit, Freizeitgleichgewicht und Teilzeitbeschäftigung vor, die immer wieder an die abl herangetragen werden.

Erstes Ziel der Handreichung ist es, die bislang doch recht unterschiedliche Handhabung der Mehrarbeits-Thematik bayernweit möglichst zu vereinheitlichen, damit hinsichtlich der Mehrarbeit für die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer mehr Gleichbehandlung und Gerechtigkeit durch eine einheitliche Praxis bei der Abrechnung von Mehrarbeit erreicht werden kann.

Die Handreichung kommentiert die aktuelle KMBek zur „Mehrarbeit im Schulbereich“, heißt es in einem Waschzettel zur Broschüre, und sie zeigt Beispiele aus der Praxis. Immerhin wurde das Heft vom KM vor der Veröffentlichung kursorisch gegengelesen, sodass man davon ausgehen darf, dass die Fakten und Anwendungsbeispiele sachlich richtig und korrekt sind und damit eine zuverlässige Hilfe im Schulalltag vorstellen.

Zu danken ist den Autorinnen und Autoren, die sich dieser schwierigen Materie angenommen haben. Denn oft genug herrscht an bayerischen Schulen gerade über unzureichende oder kollegiumsunfreundliche Anwendungen von eigentlich durch das KM eindeutig definierten Mehrarbeitsregelungen eine berechtigte Unzufriedenheit. Die Autorinnen und Autoren sind namentlich: Ulrich Babl (brlv), Dagmar Bär (bpv), Rita Bovenz (bpv), Bernhard Buckenleib (KEG), Fritz Döring (KEG), Ina Hesse (bpv), Julia Jacob (brlv), Rudolf Keil (VLB), Wolfgang Lambl (VLB) und Michael Schwägerl (bpv). Die Handreichung wird kostenlos abgegeben. *kln – VLB*

Demgegenüber gelten spezifizierende Regelungen bezüglich des Unterrichtsausfalls bei schulischen Abschlussprüfungen, wie die beiden Schulungsleiter Wolfgang Lambl und Rudolf Keil unter Verweis auf das KMS vom 16. Mai 2007 ausdrücklich noch einmal betonten.

So hat das Ministerium in diesem KMS für die Handhabung bei schulischen Abschlussprüfungen folgende Festlegung getroffen, die an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lässt: „Bei Lehrkräften, die als Prüfer an den Abschlussprüfungen teilnehmen, gilt der dadurch bedingte Unterrichtsausfall in der Regel durch die Korrekturen der schriftlichen Abschlussarbeiten und die Abnahme der mündlichen Prüfungen

als eingebracht.“ Und weiter führt dieses KMS an: „Bei Lehrkräften, die nicht als Prüfer tätig sind, muss der Unterrichtsausfall durch entsprechende Erhöhung des Unterrichtseinsatzes oder durch sonstige zusätzliche dienstliche Tätigkeiten angemessen kompensiert werden. Über die Art und Weise der Kompensation entscheidet der Schulleiter.“

Wenig, ja gar kein Verständnis kann man angesichts dieser eindeutigen Regelung für Schulleitungen aufbringen, die unter Anführung von allerlei Ausflüchten versuchen, den an den Prüfungen beteiligten Kolleginnen und Kollegen für die Zeit nach den Abschlussprüfungen dennoch ein Stunden-Minus aufzurechnen, das dann im Zweifelsfall ins nach-

folgende Schuljahr mitgenommen werden muss.

Im Prinzip gleicht ein solches Vorgehen einem Hochseilakt im rechtsunsicheren oder rechtsfreien Raum. So eindeutig deutbar wurde das bereits bei der Veranstaltung „Dienstrecht kompakt“ (vgl. auch vlb-akzente 12-01 / 2012/2013, S. 69 ff.) von KM-Seite benannt.

Übrigens: In der von Wolfgang Lambl erstellten Broschüre „Arbeitszeit – Unterrichtspflichtzeit – Mehrarbeit“ kann man die in diesem Veranstaltungsbericht hier nur angerissenen Inhalte und Informationen ausführlich und anschaulich nachlesen. Die Broschüre kann gegen eine Schutzgebühr von 5,00 € bestellt werden. Bestellungen bitte an lamb@vlb-bayern.de

VLB plädiert für LUZIFER

Der VLB fordert mit seinem Eckpunkte-Papier zur Lehrerunterrichtszeiterfassung eine angemessene Erweiterung des standardisierten Verfahrens, das in den einschlägigen kultusministeriellen Schreiben fixiert ist. Demnach sollte aus dem LUZ ein „LUZIFER“ werden, wobei LUZIFER für LehrerUnterrichtsZeit Insgesamt Fair ERfassen steht. Demnach sollte das Kultusministerium unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Arbeitszeitvorschriften, der Ferien und unter Abzug relevanter Feiertage das Jahressoll einheitlich feststellen und die Schulen würden eigenverantwortlich Sorge für die Erbringung des UPZ seitens der Lehrkräfte tragen. Damit wäre die angemessene und korrekte Unterrichtsversorgung für die Schülerinnen und Schüler Bayerns in die Hände der dann tatsächlich eigenverantwortlichen Schulen gelegt.

Rechtssicher arbeiten als Personalrat

Wer sich gut auskennt, lässt sich nicht so schnell ins Bockshorn jagen, könnte man ein Fazit aus der exemplarischen Bearbeitung von Fallbeispielen aus der Praxis ziehen, die unter dem Titel „Rechtssicher arbeiten als Personalrat“ breiten Raum bei der Fortbildung einnahmen. Schließlich widmete man sich noch den Teilaspekten Sitzungs-, Verhandlungs- und Gesprächsführung bei Personalrats-sitzungen, Monatsgesprächen mit der

Schulleitung, in den Personalversammlungen und bei Beratungsgesprächen.

Auch dabei stand immer wieder die Arbeit mit den einzelnen Gesetzestexten im Mittelpunkt, aber auch die Anleitung dazu, wie man auf schnellstem Wege an zutreffende, richtige und rechtlich abgesicherte Informationen gelangt.

Und es gehörte nicht viel Einfallsreichtum dazu, abschließend vorauszusagen, dass eine derart gut strukturierte und inhaltlich dicht bepäckte Veranstaltung wie der Teil II der Grundschulung für Personalräte in Kloster Banz nicht nur den teilnehmenden Personalvertretern Auftrieb gegeben hat, sondern

auch viel Arbeit für die beiden Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Rudolf Keil nach sich ziehen dürfte. Denn, wer besser Bescheid weiß, der kann sich kompetenter für die Rechte derer einsetzen, die ihm ihr Vertrauen geschenkt haben. Wo man dabei aber als örtlicher Personalrat mit seinem Latein am Ende ist, da wirft man jetzt nicht mehr so schnell die Flinte ins Korn. Will sagen: man fasst bei den Bezirkspersonalräten und natürlich bei den HPRs nach. Das aber würde Lambl und Keil am Ende dann doch am meisten freuen, denn ein besseres Feedback für eine Fortbildungsmaßnahme kann man sich kaum wünschen. ■

Grundzüge des Beamtenrechts (1):

Beamtentum – Beamtenrecht – Beamtenpflicht

HERMANN RUPPRECHT

Grundzüge des Beamtentums

Im ersten Beitrag unserer kleinen Reihe zum Beamtentum soll es um die rechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums gehen. Mancher Kollegin und manchem Kollegen ist freilich nicht immer ganz und gar bewusst, dass die besondere Stellung als Staatsbeamter, die der Lehrer-Beruf in Bayern mit sich bringt, in vielerlei Hinsicht Auswirkungen auf das Privat- und das Berufsleben des Einzelnen haben kann.

Über die Beamten kursieren bekanntermaßen zahllose mehr oder weniger unpassende Witze. Und Verbalentgleisungen wie die des Altbundeskanzlers Gerhard Schröder, wonach „Beamte faule Säcke“ seien, trugen auch nicht gerade zu einem Prestigegewinn der Beamenschaft in der bundesrepublikanischen Bevölkerung bei.

Dass die Wirklichkeit eine andere ist, braucht dem geneigten Leser nicht erst ausführlich erklärt zu werden.

Was ist ein denn nun ein Beamter

Artikel 33, Absatz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sagt hierzu: „Jeder Deutsche hat nach

seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.“ Und im Absatz 4 heißt es weiter: „Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse ist als ständige Aufgabe in der Regel Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu übertragen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.“

Demnach sind hoheitsrechtliche Befugnisse des Staates durch Beamte wahrzunehmen. So zum Beispiel die Aufgaben der Polizei und der Justiz.

Zwischenzeitlich wird aber auch immer wieder darüber diskutiert, ob die Bildung zwingend zu den hoheitsrechtlichen Befugnissen des Staates gehört oder gehören muss.

Das besondere Dienst- und Treueverhältnis des Beamten zu seinem Dienstherrn hat weitreichende Auswirkungen auf das Leben eines Staatsdieners, die oft zu wenig im Bewusstsein sind. In einem Atemzug mit dem Dienst- und Treueverhältnis des Beamten muss auch die andere Seite der Medaille genannt werden:

„Der Dienstherr hat im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien, auch für die Zeit nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, zu sorgen. Er schützt die Beam-

tinnen und Beamten bei ihrer amtlichen Tätigkeit und in ihrer Stellung“, heißt es dazu in § 45 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG).

Die Dienst- und Treuepflicht ist in den Paragraphen 33 bis 35 des Beamtenstatusgesetzes präzisiert. Sie umfasst einerseits die Staatstreue (also unparteiisch, gerecht und zum Wohl der Allgemeinheit solle der Beamte wirken) und andererseits den vollen persönlichen Einsatz, mit dem Beamte ihre Aufgaben uneigennützig erfüllen.

Beamte sind gegenüber ihrem Dienstherrn weisungsgebunden, sie sind aber auch verpflichtet, die Vorgesetzten zu unterstützen und zu beraten. Das Direktionsrecht des Dienstherrn ist insoweit eingeschränkt, als besondere gesetzliche Vorschriften und gesetzesgebundene Weisungen höher stehen.

Die staatliche Fürsorgepflicht

Der oft angeführte Begriff der sogenannten „Fürsorgepflicht“ des Staates gegen seine Beamten ist keineswegs so konturlos, wie dies vielfach angenommen wird. Kommentierungen und Rechtsprechung verdeutlichen hierzu, dass die Fürsorgepflicht des Staates insbesondere dann greifen muss, wenn durch das Beamtenrecht wesentliche Grundrechte, etwa das Streikrecht, eingeschränkt sind. Hier ist der Dienstherr gehalten, Gerechtigkeit, zum Beispiel durch eine angemessene Anpassung der Bezüge an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, herzustellen und zu gewährleisten.

Außerdem gelten die üblichen Arbeitsschutzgesetze in übertragbarer Weise - der Mutterschutz zum Beispiel oder das Bundesurlaubsgesetz.

Als Ziele der Fürsorgepflicht des Staates für seine Beamten gelten u. a. der Schutz von Leben und Gesundheit oder auch der Schutz des Persönlichkeitsrechtes, der Anspruch auf berufliche Förderung und die sogenannten Ausübungsschranken für das Dienstherrnrecht.

Politische Entscheidungen und politisches Handeln belegen, dass die Dienstherrn nicht selten nur die eine Seite der Medaille sehen wollen, ihre Pflicht zur Fürsorge für die Beamten aber nur allzu schnell als durchaus ausreichend erfüllt deklarieren mögen.

Die immer wieder an die Personalvertretungen herangetragenen Erlebnisse von Kolleginnen und Kollegen zeigen bisweilen dann recht unschön, dass die Fürsorgepflicht nicht immer in angemessener Weise erfüllt wird. Dies bezieht sich besonders auf negative Formen und Auswirkungen eines unangemessenen Umgangs des Dienstherrn mit den Mitarbeitern.

Die fehlende Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern und ein fehlendes „Fingerspitzengefühl“ im Zusammenhang mit Anweisungen an die Mitarbeiter führen nicht selten zu Frustration und Motivationsverlust und manchmal

auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Für Kolleginnen und Kollegen ist es daher auch wichtig, die Pflichten des Dienstherrn genau zu kennen und diese gegebenenfalls immer wieder beharrlich einzufordern. Nur wenn eine Ausgewogenheit zwischen Dienst- und Fürsorgepflicht herrscht und gelebt wird, kann beispielsweise im Lehrer-Beruf die eigentliche Hauptaufgabe, Schüler zu unterrichten und auf Beruf oder Hochschule angemessen vorzubereiten, auf Dauer gut und für beide Seiten gedeihlich gelingen.

Im nächsten Heft lesen Sie: Die Rechtsstellung des bayerischen Beamten. ■

Endlich da!

Leitfaden für Schul- und Beamtenrecht im Verlag Europa-Lehrmittel erschienen

RÜDIGER KLEIN

Drei Experten für das bayerische Schul- und Beamtenrecht haben nun im Verlag Europa-Lehrmittel (42781 Haan-Gruiten) unter dem Dach der Reihe „Bibliothek der Schulpraxis“ ein Standardwerk vorgelegt. Endlich, möchte man ausrufen, denn schon eine ganze Reihe von Lehramtsanwärter- bzw. Studienreferendare-Jahrgängen musste viel zu lange ohne eine solche Fibel zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des bayerischen Schulalltags auskommen. Allenfalls konnten sie sich im Prüfungsfach Schulkunde und Schulrecht selbst mühsam die schulkundlichen und schulrechtlichen Hintergründe zusammen suchen oder aber sie waren auf die nicht immer besonders hilfreichen Unterlagen ihrer jeweiligen Seminarvorstände angewiesen – und die waren nur allzu oft wenig aktuell, wenig realitätsnahe und noch weniger anschaulich.

Insofern wird das nun von Dietrich Claus, Wolfgang Lambl und Walter Faulhaber vorgelegte Schul- und Beamtenrecht für die Lehramtsausbildung und Schulpraxis in Bayern zu einem Selbstläufer und Bestseller werden – ohne Frage. Die Autoren haben ein neues umfassendes Referenz- und Nachschla-

gewerk zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des täglichen Unterrichtes an bayerischen Schulen erarbeitet, das sich an Schulleiter und Seminarvorstände richtet, damit sie einen sicheren Zugriff auf Regelungen haben, die ihr Tagesgeschäft in der Schulleitung tangieren, und damit sie die ihnen anvertrauten Studienreferendare und Lehramtsanwärter im Fach Schulrecht angemessen zielführend unterweisen können. Für die Studienreferendare und Lehramtsanwärter steht somit erstmals auch eine kompakte und anschaulich aufbereitete Sammlung von Texten, Grafiken, Rechtsquellen, Kommentaren und Fallbeispielen (inklusive instruktiver Aufgabenstellungen zur Anwendung, Wiederholung und Vertiefung) zur Verfügung, die eine relativ unbeschwertere Prüfungsvorbereitung im Prüfungsfach „Schulrecht/Beamtenrecht“ der Staatsprüfung erlauben sollte. Für die Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Schulen kann diese Broschüre-Ausgabe des Schul- und Beamtenrechts zu einer Art Vademecum werden, das Handlungssicherheit in rechtlich relevanten Situationen der Schulpraxis schafft. Teil I des Standardwerkes deckt auf 173 Seiten neben grundsätzlichen Themen wie beispielsweise dem Zusammenhang Pädagogik und Recht oder

den Beobachtungen zur Gliederung des Schulwesens und der Rechtsstellung des Schülers, um einige Kapitelüberschriften beispielhaft herauszugreifen, auch so heikle Frage- und Problemstellungen ab wie den Datenschutz an Schulen oder das Urheberrecht.

Im Teil II befassen sich die Autoren dann mit dem Beamten- und Tarifrecht. Die beiden letzteren Rechtsbereiche sind freilich über die Jahre zu einem schier undurchschaubaren Rechtsvorschriften-Dschungel angewachsen, für den es im Zweifelsfall ohnehin einen ganz eigenen Kompass braucht. Dennoch, alle wesentlichen Aspekte erfassen die Autoren grundlegend und instruktiv. Dankbar darf man zudem für das umfassende Stichwortverzeichnis sein.

Mehr muss nicht gesagt werden zum Titel „Schul- und Beamtenrecht Bayern“ von Claus, Lambl und Faulhaber.

Im Verlag Europa-Lehrmittel hat die Veröffentlichung die Nr. 77790. Mit 24,90 Euro ist der Preis für die gelieferte Rechtssicherheit durchaus angemessen. ■



NaturaMed
Vitalclinic

Burnout-Kur
Psychosomatik
Depression
Rücken
Abwehr
Essstörungen

Attraktive
Pauschalangebote!

Ursachendiagnose Schnupper- und Seniorenwoche
beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee

naturamed.de
akutklinik.de

Wir suchen nach
versteckten Krankheitsursachen und zeigen naturmedizinische Wege zu neuer Kraft.
Ursachendiagnose, Schnupperwoche, Krankenhaus- oder Kuraufenthalt.

© 2013
NaturaMed  ...wir bringen sie wieder in schwingung!

8. FOS/BOS-Tag in Fürstentfeldbruck:

Nachlese zur Fachtagung FOS/BOS

BEARBEITET VON MARTIN RUF

Das Angebot der am Nachmittag stattfindenden Arbeitskreise anlässlich der 8. FOS/BOS-Fachtagung in Fürstentfeldbruck wurde intensiv genutzt. Nachfolgend finden Sie eine Nachlese zu diesen Arbeitskreisen. Der überaus gute Besuch zeigt, dass es dem VLB mit seinem FOS/BOS-Referenten Hans Dietrich an der Spitze gelungen ist, den Nerv der pädagogischen Arbeit an der FOS/BOS zu treffen.

Arbeitskreise

Lehrkräfte im Gespräch mit dem Staatsministerium

Als Neuerung des FOS/BOS-Tages wurde das Gespräch zwischen den Lehrkräften und dem Staatsministerium konkurrenzlos gestellt, so dass kein Konflikt entstehen konnte, ob in einem bestimmten Zeitfenster dem Besuch der Veranstaltung mit MR Liebl oder einem Arbeitskreis der Vorzug zu geben sei.

Der als Moderator fungierende FOS/BOS-Referent Hans Dietrich betonte eingangs, dass nicht nur die Lehrkräfte Informationen aus erster Hand aus dem Staatsministerium erhielten, sondern auch Lehrkräfte, die am Samstag Nachmittag eine VLB-Veranstaltung besuchten, als besonders engagiert gelten können und damit dem Ministerium ebenfalls Informationen aus erster Hand gäben. Zudem würden sie in der Diskussion als Auftraggeber für die Verbandsarbeit gesehen.

MR Liebl spricht in seinem Eingangsbeitrag die positiven Wirkungen der Zusammenarbeit zwischen Staatsministerium und VLB im Bereich FOS/BOS an. Er thematisiert die Bezeichnung der beiden Schularten, die noch immer im Schatten des klangvollen Begriffs Gymnasium stünden. Liebl stellt die aktuellen Schülerzahlen sowie die Unterrichtsversorgung überblicksartig dar. Er geht dabei von einer weiteren deutlichen Reduzierung der Budgetlücke aus, die sich in den letzten drei Jahren schon halbiert habe und verweist auf günstigere Klassen-

frequenzen. Daneben skizziert er die beiden neuen Ausbildungsrichtungen sowie die gegenwärtige Stundentafeldiskussion und das diesbezügliche weitere Vorgehen. Als besonders positiv stellte er die Einführung einer mobilen Reserve für die beiden Schularten dar.

Die an das Staatsministerium herangetragenen Fragen bezogen sich u. a. auf die Bewertung der fachpraktischen Ausbildung sowie auf die Nachprüfung. Ebenso wurde die Frage aufgeworfen, ob die neuen Ausbildungsrichtungen auch für die Berufsoberschule vorgesehen seien.

Mit einem herzlichen Dank für das konstruktive Miteinander von Staatsministerium und VLB verabschiedete FOS/BOS-Referent Hans Dietrich MR Liebl, der sich anschließend noch bereitwillig in die Diskussion einzelner Arbeitskreise einbrachte.

Hans Dietrich

Neue Stundentafel für die Berufliche Oberschule

Im Arbeitskreis „Stundentafel“ haben die beiden Referenten zunächst den bisher zurückgelegten Weg zu einer neuen Stundentafel für die Berufliche Oberschule aufgezeigt. Die Stundentafel für die Berufliche Oberschule ist zerklüftet, weist für die einzelnen Ausbildungsrichtungen unterschiedliche Strukturen auf. Die Schüler haben eine unterschiedliche Anzahl von Fächern und Unterrichtsstunden, woraus eine unterschiedliche Anzahl von Leistungsnachweisen resultiert.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Arbeitstagung in Herrsching vom Februar 2012 soll nun eine einheitliche Struktur in die Stundentafel gebracht werden, die die Allgemeinbildung und die individuelle Förderung der Schüler stärkt und gleichzeitig der einzelnen Schule eine eigene Profilbildung ermöglicht, wodurch aber keine Mehrbelastung entstehen soll. Jede Schule konnte sich bisher in die Diskussion einbringen. Im Rahmen von Regionalkonferenzen wurden die Ergebnisse zusammengefasst und in einer bayernweiten Arbeitstagung ein von einer breiten Mehrheit der Schulen sowie von Schüler- und Elternvertretern entwickelter Ge-

samtvorschlagn einer neuen Stundentafel entwickelt.

In der Diskussion der Arbeitskreisteilnehmer stellten sich rasch die Problemfelder des Stundentafelentwurfs heraus. Dies sind in erster Linie folgende:

- > **Wahlpflichtfächer im Profilbereich**
Wie soll der Profilbereich unter Berücksichtigung des Profil-Prüfungsfaches als Wahlpflichtbereich ausgestaltet werden?
- > **Mathematik**
Die Mathematik hat in der Ausbildungsrichtung Technik eine stärkere Bedeutung als in den nichttechnischen Ausbildungsrichtungen, sollte also mit einer insgesamt höheren Stundenzahl ausgestattet werden. Dabei fand die Idee, für die Schüler ein Additum Mathematik einzuführen durchaus Zustimmung.
- > **Englisch**
Die Stundenzahl für das Fach Englisch weicht in der Berufsoberschule sehr stark von der Stundenzahl in der Fachoberschule ab. Um bei einer Verminderung der Stundenzahl in der Berufsoberschule dennoch die Qualität zu sichern wurde ein entsprechendes Angebot im Wahlpflichtbereich vorgeschlagen.
- > **Zweite Fremdsprache**
Für Schüler, die die allgemeine Hochschulreife erwerben wollen, sollte ein Teil der Unterrichtsstunden in der zweiten Fremdsprache in den Wahlpflichtbereich integriert werden.
- > **Seminarfach**
Schulen, in denen die Seminararbeit im Seminarfach erarbeitet wird, sollten diese Stunden in den Wahlpflichtbereich aufnehmen. Kritisch wurde gesehen, dass dadurch den Schülern die Wahlmöglichkeit für andere Fächer eingeschränkt wird.

Die sehr engagierte und konstruktiv-kritische Diskussion hätte noch viel länger geführt werden können, doch die Zeit war knapp bemessen. Gleichwohl ist das (quantitativ und qualitativ) große Interesse der Teilnehmer ein Beleg dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen den Änderungen durch eine neue Stundentafel eine große Bedeutung beimessen. Die weitere Entwicklung bleibt spannend – und wird

vom VLB nicht nur verfolgt, sondern mit Nachdruck mitgestaltet.

Thilo Romer/Klaus Vietze

Neue Ausbildungsrichtungen Gesundheit und Internationale Wirtschaft als Schulversuch

„Nah am Bedarf“ – dies sei ein Kennzeichen der Beruflichen Oberschule, so lautete eine Aussage von Kultusminister Dr. Spaenle in Fürstfeldbruck. Die fünf bekanntesten und stark nachgefragten Ausbildungsrichtungen der Beruflichen Oberschule (Agrarwirtschaft, Gestaltung, Sozialwesen, Technik, Wirtschaft) existieren bereits seit vierzig Jahren. Im vergangenen Jahr wurden bei der Tagung in Herrsching vielfältige Gedanken zu neuen Ausbildungsrichtungen entwickelt, um auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen zu reagieren. „Die neue Ausbildungsrichtung Gesundheit gibt Antwort auf über 200 Studiengänge in diesem Bereich“, so der Kultusminister bei seiner Festansprache. In dieser neuen Ausbildungsrichtung der Fachoberschule sieht Dr. Spaenle angesichts des boomenden Gesundheitsbereiches beste Zukunftschancen für junge Menschen. Es gelte, den demografischen Wandel und das doppelte Demografieproblem zu erkennen und zu managen. Dafür brauche es bestens qualifizierten Nachwuchs. Ministerialrat Günter Liebl formuliert, dass – bei einer eventuellen späteren Einführung in der BOS – die neue Ausbildungsrichtung Gesundheit auch den passenden Anschluss für derzeit über 40.000 Auszubildende in gesundheitsaffinen Berufen bieten könnte. Die neue Ausbildungsrichtung Gesundheit an der FOS thematisiert medizinische und psychologische Fragestellungen und ist naturwissenschaftlich geprägt. Der Profilbereich umfasst das neue Fach „Gesundheitswissenschaften“ (Prüfungsfach für die Fachhochschulreifeprüfung und das Abitur) und „Biologie“, „Interaktion und Kommunikation“, „Chemie“ sowie „Wirtschafts- und Rechtslehre“. Die fachpraktische Ausbildung kann in Einrichtungen des Gesundheitswesens (z. B. Kliniken, ambulante Praxen, Pflegeheime ...) absolviert werden. Mit dem Fachabitur nach der 12. Jahrgangsstufe sind die Schülerinnen und Schüler besonders

gut vorbereitet auf ein Studium mit gesundheitlicher Ausrichtung, wie z. B. Gesundheitswissenschaft, Ökotrophologie, Pflegewissenschaft, Gesundheitsmanagement, Pflegepädagogik, Physiotherapie, Logopädie. Die allgemeine Hochschulreife nach der 13. Jahrgangsstufe schafft die Möglichkeit, z. B. Medizin oder Pharmazie zu studieren.

Immer mehr Unternehmen, auch kleine und mittelständische, sind im Zuge der Globalisierung international aufgestellt. Interkulturelle Kompetenz sowie das Beherrschen mehrerer Fremdsprachen werden daher in der Wirtschaftswelt von morgen der Schlüssel zum Erfolg sein. Dies greift die neue Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft auf. Das Profil dieser neuen Ausbildungsrichtung wird geprägt durch die verpflichtende zweite Fremdsprache (wahlweise Französisch oder Spanisch), das Profilmfach „International Business Studies“, das bilingual in Englisch und Deutsch unterrichtet wird und das Prüfungsfach „Internationale Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre“. Ergänzend kommen die Fächer „Rechtslehre“ und „Technologie“ hinzu. Die neue Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft ist besonders für spracheninteressierte Schüler aus der Realschule ein attraktives Angebot, da diese neue Ausbildungsrichtung passgenaue Angebote im Fremdsprachenbereich bietet (fortgeführtes Französisch). Schüler können nun künftig Kenntnisse in der zweiten Fremdsprache erwerben, die das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens übersteigen. Ebenso wird in der zweiten Fremdsprache Anfängerunterricht angeboten. In der Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft soll die fachpraktische Ausbildung vorrangig in Unternehmen mit Niederlassungen im Ausland erfolgen. Mehrwöchige Auslandsaufenthalte können integriert werden. Absolventen der Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft sind optimal vorbereitet auf ein Studium mit internationaler Ausrichtung, z. B. International Management (FH), International Business Management (FH), International Business and Technology (FH), Global Business Management, International Business Studies, European Economic Studies.

Die beiden neuen Ausbildungsrichtungen werden an der FOS im Rahmen eines fünfjährigen Schulversuches eingeführt. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule zielgerichtet auf ein künftiges Hochschulstudium und eine Berufstätigkeit im Bereich Gesundheit bzw. internationale Wirtschaft vorzubereiten. Je MB-Bezirk wurde für den Schulversuch pro Ausbildungsrichtung eine staatliche Fachoberschule ausgewählt. Ab dem Schuljahr 2013/2014 startet Gesundheit in Neu-Ulm, Nürnberg und Regensburg, Internationale Wirtschaft wird in Aschaffenburg, Augsburg und Ingolstadt angeboten. Jährlich können bis zum Schuljahr 2015/2016 an den genannten Standorten bis zu zwei Klassen der 11. Jahrgangsstufe eingerichtet werden.

Die Lehrpläne für die Profildächer der neuen Ausbildungsrichtungen werden derzeit von Lehrplankommissionen unter Leitung des ISB erarbeitet. Diese neuen Lehrpläne werden nach dem Leitprinzip der Kompetenzorientierung entwickelt, ebenso wie derzeit auch die Lehrpläne aller anderen Schularten überarbeitet werden. Die Gesamtheit der in den nächsten Jahren anstehenden Arbeiten zur Weiterentwicklung bayerischer Lehrpläne wird als Projekt Lehrplan PLUS bezeichnet. Es bietet die Möglichkeit, die Curricula hinsichtlich der verschiedenen Fächer, der Schularten und der Übergänge abzustimmen. Der Lehrplan PLUS sieht zusätzlich auch einen elektronischen Zugang zu Materialien, Aufgaben und Richtlinien vor, die in Zukunft auf einer Plattform mit Hilfe von Suchroutinen erschlossen werden können (Lehrplaninformationssystem LIS). Für den allgemeinbildenden Bereich sowie für die Profildbereiche der bisherigen Ausbildungsrichtungen an der Beruflichen Oberschule ist die Überarbeitung der Lehrpläne geplant ab 2014, mit dem Schuljahr 2016/2017 werden frühestens die neuen kompetenzorientierten Lehrpläne beginnend mit den 11. Jahrgangsstufen eingeführt.

Der Workshop wurde von sehr vielen Kolleginnen und Kollegen besucht, die mit ihren zahlreichen Fragen ihr großes Interesse an diesen neuen Ausbildungsrichtungen zeigten. Gewinnbringende

Gespräche und Kontakte rundeten diese Veranstaltung ab.

*Dr. Elvira Seibold/Dr. Maike Tholen/
Johannes Schäfer*

Kurzplanspiele/Simulationen als Unterrichtsmethode

Planspiele haben eine lange (ursprünglich militärische) Tradition. Verstärkt eingesetzt für Lern- und Entscheidungsprozesse in Wirtschaft und Politik, wurde ihr Potential auch für Schulen erkannt. Ziel von Planspielen ist es, Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche/gesellschaftliche Abläufe „hautnah“ erleben zu lassen.

In dem kurzweiligen Workshop konnten die Teilnehmer konkret erleben, wie kurze Planspiele zielgerichtet in den Unterricht integriert werden können. Die Praxisbeispiele wurden durch Hinweise zur didaktischen Umsetzung untermauert. Der Referent des Workshops machte deutlich, dass Planspiele bei der Mehrzahl der Schüler Begeisterung wecken. Ein weiterer Vorteil der Planspielmethode liegt darin, dass neben den Fachkompetenzen auch sozial-kommunikative Kompetenzen sowie Kompetenzen zum selbstorganisierten und kooperativen Lernen erworben werden. Schließlich trägt die Methode zur Förderung der Problemlösekompetenz der Lernenden bei. Der Referent betonte jedoch ausdrücklich, dass Planspiele keinen Selbstzweck darstellen. Vielmehr muss darauf geachtet werden, dass diese in ein methodisch-didaktisches Gesamtkonzept integriert sind und dass der Komplexitätsgrad den Lernzielen dienlich ist.

Zum Abschluss des Workshops erhielten die Teilnehmer einen Zugang zu einer Lernplattform, von der sie eine Vielzahl an weiteren didaktischen Materialien zur Planspielmethode herunterladen können. Diese Plattform wurde im Rahmen der Bamberger Universitätsschulen implementiert. Sie soll interessierte Lehrkräfte unterstützen, ihr Methodenrepertoire zu erweitern und somit einen Beitrag zur Unterrichtsentwicklung an beruflichen Schulen leisten. *Ewald Blum*

Kooperation Realschule – Fachoberschule

Die Staatliche Fachoberschule Bad Tölz (FOS) ist seit drei Jahren in Kooperati-

on mit der kirchlichen Mädchenrealschule St. Ursula (RS) in Lenggries.

Ziel der Kooperation ist es, geeigneten Schülerinnen der Realschule den Übergang auf die FOS zu erleichtern und in Unterrichtsmodulen am Nachmittag die fachlichen Grundlagen zu vermitteln, die für einen erfolgreichen Abschluss an der Fachoberschule wichtig sind.

Die Module „Fff – Fit for FOS“ sind in der Regel Doppelstunden, die in der Jahrgangsstufe 9 im zweiten Halbjahr an der RS und in der Jahrgangsstufe 10 im ersten Halbjahr an der FOS angeboten werden. In den Modulen an der Realschule werden Inhalte der Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik und Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungswesen von den Lehrern der RS unterrichtet. In den Modulen an der Fachoberschule wurden im ersten Jahr der Kooperation ebenfalls Inhalte der Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik von Lehrern der FOS unterrichtet. Themenschwerpunkte und Methoden der Module wurden in gemeinsamen Sitzungen von Kollegen beider Schularten erarbeitet.

Nach Durchlauf des ersten Jahrgangs der Kooperation wurde das bestehende Konzept von den beiden Schularten unterschiedlich bewertet:

Die Kollegen der Realschule hielten die inhaltliche Ausrichtung der Module für optimal, da durch die Förderung in den Hauptfächern Deutsch, Englisch und Mathematik der Übergang an die FOS erleichtert wird und gleichzeitig eine zusätzliche Förderung für die Abschlussprüfung an der Realschule stattfindet. Deshalb wurde dieser Teil der Kooperation auch so beibehalten.

Aus Sicht der FOS ist die Förderung in den Hauptfächern nur ein Teilaspekt der Kooperation. Zielsetzung aller Kooperationen des Pilotprojekts in Bayern ist es auch, besonders gut qualifizierte Schülerinnen und Schüler für den Besuch der Fachoberschule zu motivieren und dadurch die Zahl der Hochschulzugänge (FOS 13) zu steigern. Da der Anteil der Realschüler im technischen Zweig an den FOS in den letzten Jahren gesunken ist, aber gerade gut ausgebildete Naturwissenschaftler und Ingenieure bei Unternehmen stark nachgefragt werden, soll besonders der technische Zweig an den

Fachoberschulen gestärkt werden. Dieses Ziel sollen auch die Kooperationen zwischen RS und FOS verfolgen.

Deshalb haben wir im zweiten Jahr der Kooperation die Module an der Fachoberschule völlig verändert. Die Schülerinnen der Mädchenrealschule sollen für Naturwissenschaften begeistert werden und Gelegenheit erhalten, MINT - Fächer an der FOS auszuprobieren.

Das neue Modul „Naturwissenschaften erleben“ ist inhaltlich so ausgerichtet, dass es für alle Zweige der FOS eine Förderung darstellt. Die Fächer Chemie und Biologie sind im sozialen Zweig in der Stundentafel, Technologie im wirtschaftlichen Zweig und Physik und Chemie im technischen Zweig. Deshalb können auch alle Schülerinnen der RS teilnehmen, die sich auf den Übertritt an die FOS vorbereiten wollen. Die Schülerinnen sollen unabhängig von ihrer späteren Zweigwahl Naturwissenschaften an der FOS ausprobieren, ohne sich bereits festlegen zu müssen.

Zu Beginn des Moduls werden folgende Themen vorgeschlagen, aus denen die Schülerinnen selbst Schwerpunkte auswählen können:

- > Praktikum in Chemie und Physik,
- > Praktikum Elektrotechnik und Metall in den Werkstätten der fpA (Herstellen einer LED Taschenlampe oder Löten eines Schmuckanhängers)
- > Mikroskopieren (Leben in einem Wassertropfen untersuchen)
- > Computer (Hardware und Software)
- > Hochmoorexkursion (Ellbach- Kirchseemoor)
- > Astronomieabend (wetterabhängig)
- > Museum Mensch und Natur (ganzer Schultag)
- > Deutsches Museum (ganzer Schultag)
- > School Lab beim DLR in Oberpfaffenhofen

Der erste Durchgang hat ergeben, dass das Modul „Naturwissenschaften erleben“ von den Schülerinnen der RS gut angenommen und in einem abschließenden Fragebogen auch sehr positiv bewertet wurde.

Seit Beginn der Kooperation konnte der Anteil der Mädchen an unserer Fachoberschule im technischen Zweig in den 11. Klassen von 12% (8 Mädchen von

66 Schülerinnen und Schülern) auf 26% (26 Mädchen von 100 Schülerinnen und Schülern) gesteigert werden.

Inzwischen gibt es bereits Anfragen von zwei weiteren Realschulen des Landkreises für eine Kooperation mit unserer Fachoberschule. Die ersten Planungen dafür laufen bereits. *Gerlinde Schneyer*

Mündliche Gruppenprüfung Englisch, Bewertungsfragen und Erfahrungsaustausch

Die Idee für diesen Arbeitskreis geht zurück auf eine Fortbildungsveranstaltung für die Fachbetreuer des MB-Bezirks Süd in Augsburg. Dort hatten die Fortbildungsteilnehmer eine Gruppendiskussion bewertet, die zuvor auf Video aufgezeichnet worden war. Diese Bewertungsergebnisse wurden gesammelt, veröffentlicht und diskutiert.

Diese Methode wurde nun von der Kollegin Elfriede Hanka und vom Kollegen Karl Albrecht (beide Mitglieder der Fachschaft Englisch der FOS/BOS Memmingen) verfeinert. Alle Kolleginnen und Kollegen der Fachschaft Englisch an der Schule analysierten im Detail die Videoaufzeichnung einer Gruppendiskussion. Dabei wurden die drei Bereiche language competence, content und interactive phrases in aufwendigen Einzelanalysen durch Lehrerteams ausgewertet. Jeweils ein Lehrerteam zählte je Schüler die Anzahl der Sprachfehler, der neuen Inhalte und der verwendeten interaktiven Phrasen. Außerdem wurden die Sprechzeiten je Diskussionssteilnehmer gemessen. Die Ergebnisse wurden anschließend grafisch aufbereitet.

Hoch konzentriert verfolgten und bewerteten die 13 AK-Teilnehmer die Videoaufzeichnung der Gruppendiskussion. Anschließend wurden die Ergebnisse aller Kolleginnen und Kollegen gesammelt, ausgewertet und grafisch dargestellt. Es war klar erkennbar, dass die Gesamtergebnisse trotz der Streuungen deutlich mit den Vorauswertungen korrelierten.

Ziel der Vorgehensweise war es, den Teilnehmern mithilfe der Vorauswertungen eine Rückmeldung über ihre Leistungsbewertung zu geben. Bei den Vorauswertungen handelte es sich um rein zählbare, statistische Daten. Die Quali-

tät der jeweiligen Bereiche (Sprache, Inhalt und Interaktionsphrasen) festzulegen, ist dann die Aufgabe der prüfenden Lehrkräfte.

In der anschließenden Diskussion tauschte man sich über die Erfahrungen der Arbeitskreisteilnehmer mit den mündlichen Gruppenprüfungen an den einzelnen Schulen aus.

Insgesamt wurde die Veranstaltung als gewinnbringend angesehen und zur weiteren Nachahmung empfohlen.

Karl Albrecht

Elektronisches Tagebuch mit Untis

Klassentagebuch online – Web auf dem Weg ins Klassenzimmer. Zunächst wurden die Module von WebUntis vorgestellt: WebUntis-Info, Klassenbuch, Termin und Student.

WebUntis ist ein System, in dem nur der berechtigte Benutzer Zugriff hat. Für die Benutzer können Benutzergruppen mit unterschiedlichsten Zugriffsrechten definiert werden. Stundenpläne können als Pläne jeglicher Art abgerufen werden – Vertretungsregelungen sind farblich hervorgehoben und umgehend erkennbar.

Ein Mailsystem ermöglicht kurze Infos der Lehrer untereinander, auch an vordefinierte Gruppen, und wird an einigen Schulen bereits sehr intensiv genutzt. Auf diese Kommunikationsmöglichkeit setzen Lehrer, Schulleitung und auch Personalräte, weil sie darauf vertrauen, dass die Adressaten mehrfach am Tag WebUntis nutzen. Auf Wunsch können einzelne Nutzer über das ICS-Kalender-Abonnement ihren Stundenplan in ihren elektronischen Kalender (Outlook, Google Kalender, ...) übertragen und anzeigen lassen. Dabei werden die Daten ständig aktualisiert.

Das Sekretariat ist im Informationsprozess des elektronischen Tagebuchs eingebunden: Schüler, die sich abwesend melden, werden direkt erfasst. Der Lehrer, der in der ersten Unterrichtsstunde sein Tagebuch „aufschlägt“, sieht auf einen Blick die Abwesenheitsmeldungen. Für sehr große Schulen ist auch eine Online-Krankmeldung der Schüler möglich.

Der Lehrer kann bei Gruppenteilungen seine Schüler dem jeweiligen Unterricht zuweisen, so dass er bei Anwesenheitskontrolle auch nur diese angezeigt

bekommt. Meldet sich der Lehrer im System an, sieht er seinen aktuellen Unterricht und kann mit einem Klick in das Tagebuch der jeweiligen Stunde verzweigen. Dort kann er weitere Schülerabwesenheiten erfassen. Er kann dann mehr oder weniger ausführlich den behandelten Lehrstoff erfassen und den Lehrstoff der vergangenen Unterrichte sehen, was auch eine Hilfe für einen Vertretungslehrer ist. Es können Bemerkungen über einzelne Schüler eingegeben werden. Diese können eine Hilfe für Zeugnisbemerkungen sein. Hausaufgaben können eingetragen und Prüfungen terminiert werden. Diese Eintragungen erleichtern die Unterrichtsorganisation erheblich.

Offene Eintragungen können in Summe aufgelistet angezeigt werden, was dem Lehrer bzw. den Klassenlehrer eine große Arbeitserleichterung sein kann. Hierüber wurden im Rahmen des Workshops unterschiedlichste Argumente ausgetauscht.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit konnten nicht alle Features dargestellt werden. Zum Abschluss wurde auf die vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten hingewiesen.

Dass über 20 Lehrkräfte weit über die geplante Zeit hinaus an dem Workshop teilnahmen, zeigt das Interesse an diesem neuen Weg. *Thomas Schütz/Oswald Kurr*

Medienbildung mit Unterstützung der Lernplattform/Mediathek **MEBIS**

Digitale Medien aus dem Internet spielen für Lernprozesse unserer Schülerinnen und Schüler eine immer größere Rolle – leider oft ohne, dass die Schule dies angemessen begleitet und den Lernenden die entsprechenden Kompetenzen vermittelt. Einen wichtigen pädagogischen Beitrag könnte hierzu die Arbeit mit digitalen Lernplattformen leisten.

Seit dem Herbst 2012 ist das Digitale Landesmedienzentrum „mebis“ in Betrieb. Bislang wird es von den 30 Referenzschulen für Medienbildung und den 60 weiteren Teilnehmerschulen des entsprechenden Projekts getestet, eine Ausweitung auf alle Schulen in Bayern ist spätestens bis 2014 geplant. „mebis“ besteht aus einem Dachportal, das aktuelle Informationen zur Medienbildung und Auskünfte zum Urheberrecht bietet, ei-

ner Mediathek, aus der didaktisch und urheberrechtlich geeignete Medien für den Unterricht heruntergeladen und gestreamt werden können und einer Lernplattform auf Moodlebasis. Eine Kooperation mit der an der Beruflichen Oberschulen bereits bewährten Vibos, der Virtuellen Berufsoberschule Bayern, ist in Arbeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten in dem Workshop Gelegenheit die einzelnen Bestandteile von mebis selbst zu erforschen und erste Schritte auf der Lernplattform zu gehen. Die ALP Dillingen unterstützt die Kolleginnen und Kollegen mit Online-Seminaren, E-Sessions und Musterkursen bei der Einarbeitung in diese virtuelle Lernumgebung (<https://mebisfortbildung.alp.dillingen.de/>). *Dr. Richard Rongstock*

Bring your own device (BYOD) – WLAN im Unterricht

Die EDV – und genauer genommen: das Internet – sind aus dem modernen Unterricht an FOS und BOS nicht mehr wegzudenken. Um einen raschen und stets verfügbaren Internetzugang an den Schulen vorzuhalten, ist ein zum Teil beträchtlicher monetärer Aufwand seitens der Sachaufwandsträger zu leisten. Die Einrichtung und Wartung eines EDV-Raumes im Schulgebäude erfordert zudem einen erheblichen zeitlichen Aufwand, der entweder von der schuleigenen Systembetreuung aufgebracht wird oder gegen weitere Kosten – nachdem die Ausstattung der EDV-Räume bereits große Summen erfordert hat – ausgelagert wird. Alle diese Anstrengungen führen in der Summe jedoch „nur“ dazu, dass zwar ein oder mehrere gut ausgestattete EDV-Räume zur Verfügung stehen, diese aber bereits durch den Stundenplan einen hohen Auslastungsgrad haben, sodass die spontane Nutzung von EDV und Internet im Schulalltag oft nicht möglich ist. Ganz zu schweigen von den Wegen, die hierbei innerhalb des Schulhauses zurückzulegen sind.

Ein Großteil der Schülerschaft ist seit mehreren Jahren in Besitz mehr oder weniger hochwertiger Kleincomputer in Form von Smartphones oder Tablets – Tendenz steigend. Im Umgang mit diesen mobilen Endgeräten besteht eine große Versiertheit. So mutet es geradezu ana-

chronistisch an, auf die Smartphone-Nutzung im unterrichtlichen Kontext zu verzichten, während im o. g. Sinn größte Anstrengungen unternommen werden, das Internet in der Schule verfügbar zu machen.

Statt die schuleigenen EDV-Endgeräte in einem Intervall von mindestens fünf Jahren auszutauschen, bietet es sich doch geradezu an, eine Infrastruktur zu schaffen, mit deren Hilfe das Internet über WLAN und Schüler-Smartphones und -Tablets genutzt werden kann. Neben der immensen Kostenersparnis schlagen auch eine Wartung, die nahezu wegfällt, und ein Modernisierungsintervall von gerade einmal 10 Jahren zu Buche.

Der Weg weg von örtlich gebundenem Internet-Einsatz durch EDV-Räume hin zu einer hochgradig flexiblen und dadurch situationsspezifischen Nutzung desselben ist jedoch weit: Neben vielen kleineren organisatorischen Problemen, die es schulspezifisch aus dem Weg zu räumen gilt, müssen vor allem die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass alle Beteiligten „auf der sicheren Seite“ sind, wenn es darum geht BYOD in der Schule zum Alltag werden zu lassen. *Wolf Starke*

Treffen der FOS/BOS-Beauftragten aus den Kreisverbänden

Stellvertretend für den Fachgruppenleiter FOS/BOS, Hans Dietrich, leitete Karl Albrecht als Mitglied der Fachgruppe den Arbeitskreis. Albrecht begrüßte die Teilnehmer und dankte ihnen ganz herzlich für ihre Bereitschaft, für den Verband die Aufgabe eines FOS/BOS-Beauftragten auf Kreisverbandsebene zu übernehmen.

Zunächst stellte er den Teilnehmern die Fachgruppe FOS/BOS vor. Seit dem Jahr 2000 entwickelte sich die Fachgruppe FOS/BOS aus einem anfänglichen Arbeitskreis zu einer eigenständigen Fachgruppe im Verband, die zurzeit aus 11 Mitgliedern besteht. Jeder Regierungsbezirk ist durch mindestens ein Mitglied in der Gruppe vertreten (siehe Kasten).

Im weiteren Verlauf des AK-Treffens ging Karl Albrecht auf die möglichen Aufgaben der Beauftragten aus den Kreisverbänden ein. In verkürzter Form dargestellt sind dies:

- > Anliegen der FOS/BOS-Lehrkräfte im Kreisverband aufgreifen und weitergeben,
- > relevante Informationen des Verbandes den FOS/BOS-Lehrkräften im KV vermitteln,
- > FOS/BOS-Belange in Mitgliederversammlungen auf KV-Ebene einbringen,
- > Vorschläge sowohl für regionale als auch überregionale Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften entwickeln, u. a. Anträge an die Delegiertenversammlung, Gestaltung des landesweiten FOS/BOS-Tages,
- > ggf. Stellungnahmen zu bildungspolitischen Vorgängen, die auch die FOS/BOS betreffen, einholen und weitergeben (Beurteilung über 55, Mittlere Führungsebene),
- > Maßnahmen unterstützen, die der Rekrutierung von Verbandsmitgliedern im Bereich FOS/BOS dienen,
- > mit anderen Verbandsverantwortlichen im Bezirksbereich zusammenarbeiten, um schulartübergreifende Anliegen zu verfolgen.

In der noch verbliebenen Zeit wurden weitere aktuelle Themen im Bereich der Fach- und Berufsoberschule angesprochen, sofern diese noch nicht im Rahmen der Fachtagung thematisiert worden waren. Es ging dabei um folgende Themen:

- > Neue Namensgebung für die Berufliche Oberschule
- > Schulversuch (Seminarfach)
- > Vorklasse FOS
- > Fachpraktische Ausbildung Technik
- > geplante Einführung der Mittleren Führungsebene

Abschließend wurden mögliche Rückmeldeverfahren diskutiert. Neben der gängigen Möglichkeit, Informationen per E-Mail auszutauschen, wurde auch die Schaffung eines Internetblogs angeregt, der den Austausch aktueller Informationen zwischen den KV-Beauftragten und den Fachgruppenmitgliedern ermöglicht.

Karl Albrecht

Fachtagung Lehrgesundheit am Berufsbildungszentrum Gesundheit in Ingolstadt:

Gesund und fit im Lehrerberuf



RÜDIGER KLEIN

Manch einer mag mit einem ganzen Rucksack voller Sorgen beim BBZ Gesundheit in Ingolstadt eingetroffen sein, als dort am 13. April 2013 die vom Kultusministerium als Fortbildungsveranstaltung anerkannte abl-Fachtagung „Gesund und fit im Lehrerberuf“ startete. Den Mühseligen und Beladenen konnten kompetente Referentinnen und Referenten dann jedoch wenigstens mit theoretischen Fortbildungsangeboten und auch mit einer ganzen Reihe von praktischen Übungen und Veranstaltungen eine qualitätvolle erste Hilfe leisten. Und der Frühling 2013, der kam in der Audi-Metropole an der Donau just an diesem Tag auch endlich in die Puschen, man musste nur horchen und sehen.

Vierzehn Workshops wurden nach den Grußworten von Stadträtin Dorothea Soffner, sie vertrat den verhinderten Ingolstädter Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann und ist Aufsichtsrätin des Klinikums Ingolstadt, abl-Präsident Jürgen Wunderlich und einem Impulsreferat von Ministerialdirigentin Elfriede Ohrberger (KM) angeboten, sodass sich die gut 130 Teilnehmer umfassend Rat für die Gesundheitspraxis in eigener Sache, aber auch für ihre Lehrerkollegen und -innen an ihrer jeweiligen Schule einholen konnten.

Federführend waren bei der Vorbereitung der Veranstaltung die Verbände der abl verantwortlich, also der bpv, der brlv, die KEG und der VLB.

Organisation und Logistik bei der Durchführung lagen in den Händen der



„Lehrer brauchen die Fähigkeit mit Fähigkeiten umzugehen“ – das wäre Gesundheit im Sinne von Selbstsorge, die dann kein egoistischer Luxus ist, führte Prof. Clemens Sedmak aus ...

Ingolstädter Gesundheits-BBZ-Mannschaft um Schulleiter Wolfgang Lamprecht und die Sponsoren (neben den abl-Mitgliedsverbänden) von der BB-Bank e.G, dem Cornelsen Verlag, der debeka Versicherung, der Münchener Verein Versicherungsgruppe und dem Verlag Europa Lehrmittel unterstützten die Fachtagung recht bereitwillig.

Hauptreferat: Glückliche Lehrer und freundliche Schulen: Schule sind doch wir!

Von welcher eminenten Bedeutung gesunde und glückliche Lehrer für eine freundliche Schule sind, führte in seinem inhaltlich wie rhetorisch brillanten Vortrag der Theologe und Philosophieprofessor DDr. Clemens Sedmak aus. Sedmak lehrt am King's College in London und ist zudem Leiter des Zentrums für Ethik und Armutforschung der Universität Salzburg.

Von Sedmaks Hauptreferat und zum Beitrag von Ministerialdirigentin Elfriede



... und das hat offensichtlich bei den VLB-Verantwortlichen schon erste Wirkung gezeigt – (von links) Jürgen Wunderlich, Wolfgang Lambl und Wolfgang Lamprecht.

Fotos: Rüdiger Klein

de Ohrnberger wie auch zu den Workshop-Ergebnissen lesen Sie, verehrte vlb-akzente-Leserinnen und -Leser, in einem akzente-spezial mehr, das wir den vlb-akzenten 06-2013 beilegen.

Wir haben uns auch deshalb zu diesem Lehrergesundheits-Spezial entschlossen, weil die Lehrergesundheits-burn-out ein Thema sein sollte. Und daher als Dauerbrenner in den einschlägigen Verbandsorganen regelmäßig prominent vertreten sein muss.

Bedauerlich jedoch, dass neben einigen anderen Workshops auch der Workshop „Sucht im Lehrerzimmer“ entfallen musste. Bleibt nur zu hoffen, dass das nicht ein Zugeständnis an den Veranstaltungsort Ingolstadt war. Denn die Audi-Stadt ist ja mit einigem Recht auch stolz darauf, dass das Bayerische Reinheitsgebot für reines und gesundes Bier am 23. April des Jahres 1516 von den bayerischen Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. in In-

golstadt verkündet wurde. Und spätestens von da an darf Bier in Bayern ja als Lebensmittel, nicht aber als Suchtmittel gelten.

Entschleunigung mit der Bahn

Ein Kraftakt war die Fachtagung allemal, und kräftezehrend war sie außerdem, wie HPR Wolfgang Lambl in seiner Anmoderation zur Tagung nicht verhehlen wollte, denn die angereisten Kolleginnen und Kollegen haben sich ja alle nach einer stressigen Arbeitswoche auch am Samstag noch ins Zeug gelegt. Vielleicht konnten die Tagungsinhalte dafür aber entschädigen, für eine gesundheitsförderliche Entschleunigung konnte die Veranstaltung allemal bei denjenigen sorgen, die mit der Bahn angereist waren. ■

Ein Kommentar von Rüdiger Klein: Mehr Loyola bitte!

Ich höre, Sie ruinieren Ihre Gesundheit. Dazu haben Sie kein Recht! Sie können Gott und dem Orden nicht dienen, wenn Sie nicht auf sich achten. Und überhaupt: Wer zu sich selbst zu streng ist, der neigt dazu, auch andere viel zu streng zu behandeln. Das freilich ist nicht der Auftrag Gottes. Wenn Sie sich also in Zukunft nicht mehr um Ihre Gesundheit bemühen, dann werde ich Ihnen einen Gesundheitsoberen zur Seite stellen, der Ihnen bei der Achtsamkeit für sich, für andere und für Gott behilflich sein wird.

Ignatius von Loyola, der Begründer des Jesuitenordens, war das, der sich im 16. Jahrhundert in einem Brandbrief an einen Mitbruder derart scharf und unmissverständlich geäußert hat und damit womöglich als Ahnvater von Gesundheitstrainern und -aposteln gelten darf.

Der vom streitbaren Ordensgründer derart harsch getadelte Mitbruder hatte es mit dem mönchischen Leben und der allfälligen Selbstgeißelung offenbar übertrieben. Am Ende stilisierte er aus der Leibfeindlichkeit gegen sich selbst gar noch eine Tugend vor anderen. Und das mochte ihn zu dem irrigen Glauben verführt haben, er könne mit den ihm anvertrauten Schäfchen gleichermaßen unachtsichtig hart und streng umspringen wie mit sich selbst.

Was wir Heutigen aus dieser Begebenheit lernen können? Nun, Professor Clemens Sedmak hat das zuletzt in einem fulminanten und von jesuitischer Intellektualität sprühenden Vortrag bei der abl-Fachtagung „Lehrergesundheit“ kurzweilig und unwiderstehlich zum Besten gegeben. Vor allem eines habe Ignatius mit dieser massiven Verwarnung sagen wollen: Gesundheit ist keine Privatsache! Genügend Schlaf und Bewegung, die Pflege der familiären und sozialen Beziehungen, die Liebe und die Arbeit in einem je zuträglichen Maße, das sei nach Ignatius die Bestimmung des Menschen. Und es habe jeder darauf zu achten, dass sich alle diese Anforderungen in einem guten Gleichgewicht halten. Jeder für sich und für die anderen!

Was hätte nun aber diese Aufforderung zur Achtsamkeit mit sich und anderen mit einem KMS aus dem Mai 2007 zu tun, das sich zur Unterrichtspflichtzeit der Lehrer an den beruflichen Schulen äußert?

Viel, sehr viel, wenn man darauf sieht, wie Ignatius seinen Mitbruder ins Gebet nimmt. Und der hat sich im Übrigen die Anweisungen seines Chefs zu Herzen genommen. Güte ließ er fürderhin gegen sich und alle Welt walten.

Mehr Loyola bitte, ist man da versucht, so manchem Chef, so mancher Chefin an einer beruflichen Schule in Bayern zuzurufen. Zumal, wenn man vor dem Hintergrund ignatischer Lebenshilfe sieht, dass es sechs Jahre nach dem KMS zur Unterrichtspflichtzeit der Lehrer neuerlich einer hochoffiziellen Direktorenkonferenz bedurfte, um mit den Schulleiterinnen und Schulleitern an den beruflichen Schulen eine profunde KMS-Exegese zu treiben.

Mehr Loyola und mehr Solidarität bitte!

„Besondere Regelungen gelten bezüglich des Unterrichtsausfalls wegen Abschlussprüfungen. (...) Bei Lehrkräften, die als Prüfer an den Abschlussprüfungen teilnehmen, gilt der dadurch bedingte Unterrichtsausfall in der Regel durch die Korrekturen der schriftlichen Abschlussarbeiten und die Abnahme der mündlichen Prüfungen als eingebracht. Bei Lehrkräften, die nicht als Prüfer tätig sind, muss der Unterrichtsausfall durch entsprechende Erhöhung des Unterrichtseinsatzes oder durch sonstige dienstliche Tätigkeiten angemessen kompensiert werden. Über die Art und Weise der Kompensation entscheidet der Schulleiter.“

So steht es im besagten Sendbrief des Kultusministeriums aus dem Pfingstmonat 2007 – und man darf annehmen, dass dieses Schreiben von einem guten Geist durchwirkt ist.

Nun hat sich aber im Jahr 2013 die Rückgabe des vormaligen Stoiber-Malus bei der Arbeitszeit der bayerischen Staatsbeamten ereignet. Und als stiller Beobachter wollte man da gerne glauben, der Dienstherr habe sich bei dieser Arbeitszeitreduzierung entsprechend seiner Fürsorgepflicht für die treue Die-

nerschaft etwas gedacht. Etwa, mehr Gesundheit in der Folge von etwas mehr Zeit für die Achtsamkeit gegen sich und andere - was für eine Botschaft.

Allein, so manche vorgesetzte Schwester, so mancher vorgesetzte Bruder in der profanen Verwaltung von Berufs- und Fachoberschulen scheint doch auch nach der erfahrenen KMS-Exegese partout nicht von exzessiver Selbstgeißelung ablassen zu wollen und lässt in der Folge ein gesundheitsabträgliches Übermaß an Strenge gegen die ihr oder ihm anvertrauten Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den Schulen obwalten. Das Ministerium hat daher nochmals seinen Ministerialrat Pangerl ausgesandt, damit der den Direktoren, die noch immer rechte Zweifler sind vor dem Herrn, erläutere und rate, dass sie ihre Entscheidungsspielräume nutzen dürften, bevorzugt zum Besten für ihre Schäfchen. Deren Gesundheit und Motivation, ihr Elan und ihre Freude am Beruf und an der Berufung sollten doch bitte im Zentrum dieser dann zu erwartenden weisen Entscheidungen stehen. Denn Gerechtigkeit gegen jedermann ist auch an den beruflichen Schulen eine Kunst, die kaum einer kann. Aber probieren könnte man es doch immer wieder, so die Empfehlung Pangerls.

Und doch, noch immer schließt so mancher Dienstvorgesetzte von den wenigen Kolleginnen und Kollegen, denen man unterstellen könnte, sie würden nach den Abschlussprüfungen zu wenig arbeiten, kurzatmig auf die vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich ohnehin schon über die Maßen mit Korrekturen plagen und geißeln dürfen.

Die vorgenannten Entscheidungsspielräume, die im KMS vom 16. Mai 2007 in ganz anderem Zusammenhang eingeräumt wurden, sie werden dann großzügig gebeugt, auf dass sie mit umgekehrten Vorzeichen dazu taugen mögen, möglichst oft aus dem längst überfälligen Bonus wieder einen Malus zu kreieren. Das mag ja vor der Hand wertschöpfend sein, kreativ im Sinne von Solidarität mit den Mitarbeitern ist es nicht.

Und es lässt am Ende, soviel Rückbezug auf Ignatius sei hier noch erlaubt, allen und jeden Loyola vermissen. ■

Jubiläum in Aschaffenburg:

Die Private Wirtschaftsschule Krauß feiert ihren 100-jährigen Geburtstag.

RANDOLF JOHN

Mit einem Festakt, einem Tag der offenen Tür und einem Ehemaligentreffen wurde am ersten Märzwochenende 2013 die vier Generationen übergreifende Familien- und Schulgeschichte gewürdigt. Im Rahmen des offiziellen Festaktes setzten die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Chor (Leitung Franz-Josef Fries) und ihrer Theatergruppe (Leitung Claus Kolb) eindrucksvolle Akzente. Noch bewegender und für die zahlreichen Gäste sehr berührend war ein von Christopher Krauß visuell in Szene gesetzter Rückblick in die ereignisreiche Vergangenheit der Wirtschaftsschule. Diese historische Zeitreise – so die Worte von Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke – war „ein Exkurs in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands“. Im Jahr 1913 – vor hundert Jahren – bot der Handelslehrer und Bücherrevisor Georg Krauß selbständigen Hand-

werkern und Kaufleuten Buchführungskurse in Hanau an. Diese Kurse vermittelten in einer Zeit aufstrebenden Unternehmertums das wichtiger werdende betriebswirtschaftliche Know-how in der Führung eines Unternehmens. Angesichts des großen Zulaufs schlug damit die Geburtsstunde der Krauß'schen Handelsschule. Bereits in vierter Ge-



neration leiten heute die Ur-Enkel Falco und Christopher Krauß (nach ihrem Großvater Alexander und ihrem Vater Horst Krauß) die in Aschaffenburg ansässige und staatlich anerkannte Wirtschaftsschule. Dem Schulleiter Falco Krauß, seinem Bruder und Vorstandsvorsitzenden des Schulvereins Christopher Krauß sowie ihrem Lehrerkollegium sind derzeit ca. 400 junge Menschen anvertraut. Als Antwort auf den demografischen Wandel und die bildungspolitischen Weichenstellungen (Einführung der R6 und Umbau der Haupt- zur Mittelschule) wurde die Wirtschaftsschule im Jahr 2009 erfolgreich um eine Private Realschule ergänzt. Beide Schulen werden als offene Ganztagschule geführt, in der neben Hausaufgabenbetreuung auch Förderkurse und ein Freizeitprogramm angeboten werden.

Der VLB gratuliert der Familie Krauß und „ihrer“ Privaten Real- und Wirtschaftsschule ganz herzlich zu ihrem Jubiläum und wünscht für die Zukunft alles Gute!

(Weitere Informationen zur Schule unter www.100jahre.pwk-ev.de)

 REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH 		
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Frühzeitige Anmeldung wegen Flugplatzreservierung erbeten. Die Mitgliederpreise gelten auch für Ehepartner!		
Termine	Reisen 2013	Preis für VLB ab
06.08.13 bis 14.08.13	BALTIKUM: Lufthansa ab MUC/FRA: Vilnius, Klaipeda, Kurische Nehrung, Rundale, Riga, Gauja NP, Tallinn, HP in guten Hotels	1.298,00 €
07.08.13 bis 14.08.13	ISLAND: Icelandair ab MUC, Gletscher, Geysire und Wasserfälle, Keflavik, Südküste, Hochland, Reykjavik, HP, 4-Sterne Hotel	1.448,00 €
14.08.13 bis 28.08.13	INDIEN-LADAKH: Lufthansa ab MUC: Delhi, zahlreiche Himalaya-Klöster, Übernachtungen mit VP in Ladakh und HP in Delhi	1.848,00 €
15.08.13 bis 29.08.13	NAMIBIA: South African ab MUC: Windhoek, Sossusvlei, Swakopmund, Himbas, Etosha NP, Gute Hotels, RL Friedrich Diemer	2.998,00 €
19.08.13 bis 26.08.13	RUMÄNIEN: Lufthansa ab MUC: Bukarest, Hermannstadt, Schässburg, Alba Iulia, Brasov, Bran, HP in guten Hotels	898,00 €
19.08.13 bis 04.09.13	PERU: Iberia ab MUC/FRA: Lima, Arequipa, Colca Tal, Puno, Titicaca-See, Cuzco, Machu Picchu, Ü/F in guten Hotels, 10 Essen	3.298,00 €
21.08.13 bis 28.08.13	BULGARIEN: Lufthansa ab MUC, Sofia, Orthodoxe Klöster, Plovdiv, Nesebar, Kazanlak, Veliko Tarnovo, HP in guten Hotels	948,00 €
23.08.13 bis 30.08.13	GRIECHENLAND NORDOST: AEGEAN ab MUC: Thassos, Samothraki, Halbinsel Chalkidiki, HP in guten Hotels, RL Evangelos	1.198,00 €
23.08.13 bis 01.09.13	BELLARIA: Busfahrt ab/bis IN an die Adria ins strandnahe Hotel mit Halb- bzw. Ganztagesausflügen, Übernachtung mit VP	569,00 €
25.10.13 bis 02.11.13	HERZEN INDIENS: Lufthansa ab MUC/FRA: Delhi, Agra, Taj Mahal, Gwalior, Varanasi, Übernachtung HP in guten Hotels	1.698,00 €
27.10.13 bis 31.10.13	ISTANBUL: Lufthansa ab MUC: Städtereise mit umfangreichem Programm, Übernachtung mit HP im zentralen Stadthotel	748,00 €
29.10.13 bis 02.11.13	BARCELONA: Lufthansa ab MUC: Barcelona, Tarragona, Montserrat, Manresa, Ü/F im zentralen Hotel, 1 x Abendessen	798,00 €
HERBST 13: Malta 8 Tg, Paris 5 Tg WINTER 2013/14: Südtindien 12 Tg, Äthiopien 11 Tg, Indien-Karnataka 12 Tg, Marokko-Königsstädte 8 Tg, Emirate		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de		

Mobilitätsaufenthalt für Berufsschüler:

Mit Leonardo da Vinci nach London – eine Bildungsinvestition zahlt sich aus

MICHAEL HAUCK /
WOLFGANG SCHWARZENBERGER

15 Auszubildende der Staatlichen Berufsschule II Coburg nahmen im Herbst 2012 die Gelegenheit wahr, an einem dreiwöchigen beruflichen Mobilitätsaufenthalt in London teilzunehmen. Jede Entsendung (Flow) in ein Gastland zu beruflichen Zwecken erbringt einen Mehrwert, sowohl für die Teilnehmer als auch für die Ausbildungsbetriebe des Großhandels und der Industrie – und nicht zuletzt auch für die entsendende Berufsschule. Das Projekt in Zusammenarbeit mit Bildungspartner in London, dem ADC-College, ist deshalb in seiner makro-didaktischen Konzeption darauf ausgelegt, den Teilnehmern ein kaufmännisches Kurzpraktikum in ausgewählten Betrieben im Großraum London zu ermöglichen. Dabei stehen neben der eigentlichen Mitarbeit auch betriebliche Erkundungsaufträge, Interviews sowie die audio-visuelle Dokumentation von Geschäftsprozessen im Vordergrund. Ein einwöchiges Kommunikationstraining am ADC-College ergänzt den Lernaufenthalt, um die Kommunikationsfähigkeit zu trainieren und Sprechhemmungen in beruflichen Standardsituationen abzubauen. Der Mehrwert einer solchen Maßnahme lässt sich natürlich nicht nur in konkreten Arbeitsergebnissen taxieren. Nicht zu unterschätzen sind die ausgeprägte Lernumgebung in einem Betrieb und die Atmosphäre in der Gastfamilie, die dem Erwerb sogenannter „soft-skills“ im fremden Kulturkreis (z. B. Teamfähigkeit oder Empathievermögen) förderlich ist. Eine Feierstunde in der IHK Coburg im November 2012 markierte einen weiteren Projektmeilenstein – den Abschluss des ersten Flows. Aus diesem Anlass überreichte IHK-Geschäftsführer Siegmund Schnabel den Teilnehmern die europass-Mo-

bilitätspässe. Schulleiterin Andrea Wittig und Siegmund Schnabel unterstrichen gleichermaßen den Stellenwert der beruflichen Mobilität, die durch Auslandserfahrungen gestärkt wird. Ein Mobilitätsprojekt setzt voraus, dass das gesamte Projektmanagement, von der Projektidee über die Dokumentation und Teilnehmerbetreuung bis hin zur Evaluation, qualitative Gütekriterien zu erfüllen hat. Die beiden Auszubildenden Nadine Klemantowitz und Désirée Ludloff stellten in Anwesenheit von Vertretern der Unternehmen ihre Praktikumsbetriebe vor und vermittelten ihre persön-

lichen Eindrücke und Erfahrungen anschaulich und humorvoll. Nadine Klemantowitz berichtete über Green-Motion-Car Rental (Hilton-Hotel) und über die damit verbundenen Kundenkontakte sowie über die Einarbeitung in die Reservierungssoftware. Mit der Fa. VIZRT, einer Softwarefirma mit Sitz in den Ealing-Studios, deren Geschäftsfeld sich auf Broadcast-Graphik-Systeme konzentriert, machte Désirée Ludloff vertraut. Das Feedback, das Berufsschule II in Coburg nach Abschluss des Projektes erhielt, durfte positiv stimmen. Die Schule befindet sich mit diesem Bildungsangebot auf einem guten Weg – die duale Ausbildung wird um die Facette eines Auslandsaufenthalts bereichert. Dies zeigt auch die steigende Zahl der Interessenten für die zweite Entsendung. Der Dank der Schule gilt dem Förderverein der Schule und besonders den Ausbildungsbetrieben, die das Projekt finanziell und organisatorisch unterstützten. ■

Deutsch-österreichische Kooperation:

Wer bringt dem Pauker noch was bei?

CHRISTIAN AMTMANN

Oder besser noch: „Who trains the trainer?“. So lautet der Titel eines Projekts, das die Fachgruppe Kunststofftechnik der Berufsschule Wasserburg am Inn im Rahmen des EU-Programms zum lebenslangen Lernen – Leonardo da Vinci – ins Leben gerufen hat.

Angestrebt wird die Etablierung einer fachspezifischen, über die Landesgrenzen hinaus organisierten Form der Weiterqualifizierung, die Lehrkräften und Auszubildenden gleichsam eine kontinuierliche Fortbildung ermöglicht und damit eine Berufsausbildung auf hohem Niveau langfristig sicherstellt.



Schuldirektor
Gerhard Heindl
(Berufsschule Wasserburg) und Schuldirektor
Franz Kronsteiner
(Berufsschule Steyr)

Wie kam es zu diesem Projekt?

Nur wenige Lehrkräfte, die die zukünftigen Kunststoffverfahrensmechaniker unterrichten, verfügen selbst über eine einschlägige Berufserfahrung auf dem Gebiet der schnell wachsenden und sich ständig verändernden Kunststofftechnik. Um fachliche wie auch praktische Defizite auszugleichen, ist eine kontinuierliche Weiterqualifizierung unumgänglich.

Von staatlicher Seite werden nur wenige berufsspezifische Fortbildungen angeboten und eine für das vergleichsweise kleine Fachgebiet zu hoch angesetzte Mindestteilnehmerzahl pro Seminar gefordert. Beispielsweise gibt es in Österreich nur die Berufsschule Steyr mit Schwerpunkt Kunststofftechnik. Im Falle einer Weiterbildung müsste ein Großteil des Lehrkörpers für den betreffenden Zeitraum freigestellt werden. Der Schulbetrieb ließe sich unter diesen Umständen kaum weiter aufrechterhalten.

Um die Fach- und Methodenkompetenz der Lehrkräfte wie auch der Ausbilder dennoch konsequent zu fördern, begründete die Berufsschule Wasserburg am Inn eine Kooperationsarbeit mit der österreichischen Landesberufsschule Steyr, mit dem Ziel ein zunächst bilaterales Fortbildungskonzept für das Fachgebiet der Kunststofftechnik zu entwickeln.

Was wurde bereits unternommen?

Zu Beginn des Projekts wurde auf beiden Seiten eine genaue Bestandsanalyse durchgeführt. Darin wurden grundlegende Fragen geklärt: Wie werden die Lehrkräfte ausgebildet? Wie sind die Lehrpläne aufgebaut und welche Inhalte gilt es zu vermitteln? Welche außerschulischen Ausbildungspartner gibt es? Wie werden fachliche Fortbildungen gegenwärtig organisiert und welche Themen werden darin angeboten? etc. Gemeinsamkeiten wie auch Unterschiede wurden systematisch herausgearbeitet und daraus wiederum erste Handlungsschritte auf dem Weg zu einem kooperativen Fortbildungskonzept erarbeitet.

In Abstimmung mit Vertretern aus der Wirtschaft und der Bildungspolitik wurden einzelne Umsetzungsideen diskutiert, konkretisiert und im Rahmen einer Absichtserklärung schriftlich fest-



Die im Projekt engagierten Lehrkräfte - deutsch-österreichisches Gruppenfoto.

gehalten. Zu den wesentlichen Inhalten dieses Abkommens zählt u. a. das jährliche Stattfinden einer berufsspezifischen Fortbildung, bei der fachliche Inhalte und deren praktischer Anwendung vermittelt werden. Ein weiterer Bestandteil dieses Konzepts ist die gemeinsame didaktisch-methodische Aufbereitung der dazu gewonnenen Erkenntnisse für den Unterricht.

Im regelmäßigen Wechsel wird diese einwöchige Weiterbildung ausgerichtet. Eine kontinuierliche Weiterqualifizierung der Lehrkräfte bei gleichzeitiger Kostenreduktion der beteiligten Länder ist damit sichergestellt.

Wo stehen wir aktuell?

Bereits im Mai dieses Jahres wird ein von österreichischer Seite ausgerichtetes Seminar zum Thema Biopolymere angeboten. Im darauf folgenden Jahr lädt die Berufsschule Wasserburg zu einer Weiterbildung auf dem Gebiet der Faserverbundstoffe ein. Unter Einbindung der regional vorhandenen Bildungsinstitutionen (z.B. Fachhochschulen, Universi-

täten) und Betrieben wird hierbei eine wissenschaftlich fundierte und zugleich berufsbezogene Form des lebenslangen Lernens realisiert.

Was wollen wir noch?

Klare und feste Strukturen sollen eine solide Basis schaffen, die über die Zeit weiter wachsen kann. Dazu gehört u. a. die Einbindung der länderübergreifenden Fortbildung in der Bildungspolitik und damit verbunden die Klärung der Finanzierung.

Die räumliche Ausweitung dieses Modellversuchs beispielsweise auf die Schweiz und Südtirol ist angedacht, ebenso steht die Verlängerung des EU-Projekts aktuell zur Diskussion.

Zu guter letzt möchten wir uns bei all denen bedanken, die die Entwicklung dieses Projekts so tatkräftig unterstützt haben und all jene, die jetzt neugierig geworden sind, herzlich dazu einladen, bei Fragen oder Anregungen mit uns Kontakt aufzunehmen.

Kontakt: christian.artmann@berufsschule-wasserburg.de

Angetan von deutscher Gastlichkeit



19 chinesische Schulleiter beruflicher Schulen nebst Dolmetscher aus Jiuquan und Lanzhou waren für eine Woche in Rothenburg, um an der Berufsschule zu hospitieren und sich mit dem dualen Bildungssystem auseinanderzusetzen. Der Schulleiter, Dr. Friedhard Nichterlein, wirkte selbst wiederholt an chinesischen Berufsschulen als Dozent, um dort die Struktur des bayerischen Berufsschulwesens und moderne Unterrichtskonzepte zu kommunizieren. Eingeladen waren die chinesischen Gäste zu einem der Abschlussprojekte der Fachklas-

sen für Gastronomieberufe. Köche hatten aus einem Warenkorb ein deutsch-französisches Dreigangmenü kreiert, passend zum Motto „50 Jahre deutsch-französische Freundschaft“, die Hotelfachkräfte hatten die passende Dekoration ausgewählt, Cocktails geschakelt und den Service übernommen. Am Nachmittag öffnete das Arvena-Hotel „Eisenhut“ für die Gäste aus China seine Pforten und gewährte einen Einblick hinter die Kulissen eines anspruchsvollen Tagungshotels in historischem Ambiente.

Margit Schwandt

Vor Ort in ... Fürth:

Den Neonazis Paroli bieten

RÜDIGER KLEIN

Mit einem Ausflug in die historische Weinhandelsstadt Kitzingen haben wir unsere neue Reihe „Vor Ort in ...“ in der Ausgabe 03-04/2013 der vlb-akzente gestartet. Zuletzt sind wir nun in der vormaligen Quelle- und Grundig-Stadt Fürth zu Gast gewesen, die seit einigen Jahren auch die Prädikate „Wissenschaftsstadt“ und „Denkmalstadt“ für sich reklamiert.

Denk mal in der Denkmalstadt

Mit dem Wissen wie auch der Aufforderung „denk mal!“ gibt man sich in der kleinen Großstadt, die sich bis zur Jahrtausendwende in der Mehrheit der Stadtviertel mit dem liebenswert abgewitterten Charme einer vormaligen Arbeiterstadt schmückte, doch reichlich viel Mühe. Die Stadtsanierung läuft seither auf

Hochtouren, auch wenn auf der anderen Seite immer wieder größere und große Arbeitgeber wegbrechen. Stadtviertel um Stadtviertel wird nach und nach saniert und vielfach durch recht qualitätvolle Generalplaner-Architektur nachverdichtet. Da sind ansehnliche Objekte dabei, aber auch neue Wohnblöcke, die herausgeputzten Mäuseställen gleichen und das Odium des Verfalls schon jetzt mit der gerade erst abgetrockneten Wandfarbe ausdünsten. Gleich wie, die Kommune selbst, aber auch die Kreisbehörden und der Freistaat errichteten in den vergangenen fünfzehn Jahren doch auch immer wieder funktionale und klassisch schöne Bauwerke, die, etwa das neue Finanzamt an der Herrnstraße, das vormalige Kasernenareal um die Grüne Halle oder Schulbauten wie die Mensa des Hardenberg-Gymnasiums und der neue Klassentrakt der Max-Grundig-Schule,

durchaus das Zeug dazu haben, dermal-einst die Liste der Baudenkmäler ins 21. Jahrhundert hinein fortzuschreiben.

Jüdische Mitbürger seit dem frühen 16. Jahrhundert

Besonders wichtig ist der Kleeblattstadt auch die Wahrung und Belebung des jüdischen Erbes, das seit 1999 in einem barockzeitlichen Stadtpalais, das zum Jüdischen Museum umgebaut wurde, präsentiert wird und somit wieder zentral in der Sichtweite des Fürther Rathauses, also zum politischen Zentrum des modernen Fürth, präsent ist. Immerhin sind Mitbürger jüdischen Glaubens für Fürth seit dem Jahr 1528 nachgewiesen und aus dem Jahr 1617 datierte die erste, heute allerdings zerstörte Synagoge.

Auch in Fürth wurde in der Zeit des Nationalsozialismus das jüdische Leben mit bestialischer Gewalt ausgelöscht. Über 900 Fürther Juden wurden Opfer der Schoa.

Zwischenzeitlich erfreut sich die jüdische Gemeinde Fürths aber doch wie-

der einer recht ansehnlichen Blüte. Etwa 400 Bürger jüdischen Glaubens haben zum Teil gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die Geburtsstadt eines Ludwig Erhard oder eines Henry Kissinger zurückgefunden, um nur zwei berühmte Söhne von Playmobil-City zu nennen.

Und in Fürth findet sich mit der SpVgg Greuther Fürth auch der bis dato erfolgloseste Erstligaverein Deutschlands. Der ist aber möglicherweise zugleich auch der familienfreundlichste Bundesligist im ganzen Land. Denn die Kleeblätter sind zwar nicht so glücklich im bezahlten Vereinsfußball, wie man das bei einem Kleeblatt im Vereinswappen wohl hoffen mag, aber Fußball, egal ob in der ersten oder in der zweiten Liga, ist in Fürth immer ein Fest für die ganze Familie. Und die muss sich nicht vor gewalttätigen Hooligans fürchten. Wie auch, in einem Stadion, das den niedlich süßen Namen Trolli-Arena trägt.

Max-Grundig-Schule Fürth gegen rechts

An der Max-Grundig-Schule in Fürth ist schon beinahe traditionell ein Seminar für die Referendarausbildung im Zweifach Sozialkunde angesiedelt. Nach Harald Koch, dem Seminarlehrer der ersten Stunde, konnte sich schließlich Pe-

ter Swoboda für die Seminarleitung qualifizieren und empfehlen. Das garantierte der Fürther Fach- und Berufsoberschule zwar Kontinuität als Ausbildungsschule für das Fach Sozialkunde, aber die Referendarausbildung wurde zuletzt ja auch vollkommen neu konstituiert, so dass nicht nur die Amtszeit der Seminarlehrers jetzt auf fünf Jahre begrenzt ist, sondern auch deutlich mehr Praxisbezug von den Seminarlehrern für ihre Referendare eingefordert wird (vgl. dazu auch vlb-akzente 02/2013).

An der Max-Grundig-Schule fand im Bewusstsein der besonderen Verantwortung Fürths für die Mitbürger jüdischen Glaubens, aber auch für gelebte Toleranz in einer Gemeinde ein Projekttag mit dem Titel „Max-Grundig-Schule gegen rechts“ statt. Und immerhin beteiligt sich die MGS Fürth ja auch schon einige Jahre recht erfolgreich am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Der Seminarlehrer Peter Swoboda nutzte nun die Gelegenheit, seine sieben Referendare von Anfang an in die Vorbereitung und Durchführung des Projekttag „MGS gegen rechts“ einzubinden.

Lesen Sie nachfolgenden im Rahmen unserer Rubrik „Vor Ort in ...“ seinen Bericht zu diesem erfolgreichen Unterfangen. ■

Seminar für das Zweitfach Sozialkunde an der Max-Grundig-Schule in Fürth:

Referendarausbildung nahe an der Praxis – Workshop „Symbole der Rechten“

PETER SWOBODA

Notwendigkeit

Wie kann man Referendaren in der Ausbildung über Hospitations- und Lehrvorführungen hinaus weitere praktische Inhalte vermitteln? Diese Aufgabe ging mit der Planung des Projekttag „mgs gegen rechts“ der Sozialkunde- und Geschichtsfachschaft einher. Am 20. Februar 2013 beschäftigten sich am gesam-

ten Vormittag alle zwölften Klassen der Staatlichen Fachober- und Berufsoberschule in Fürth mit der Thematik des Rechtsradikalismus. Die Rechten organisieren sich in Netzwerken und nutzen das Internet für die Verbreitung ihres Gedankenguts sowie für die Gewinnung von Sympathisanten. Dieses Unwesen treiben sie nicht nur in Bayern, sondern deutschlandweit. Insbesondere weil im fränkischen Raum ein Teil der NSU-

Morde und in Gräfenberg Aufmärsche von Nazis stattfanden und immer wieder stattfinden, gibt es ausreichend Anlass, sich mit diesem Thema kritisch auseinanderzusetzen.

Unserer Überzeugung nach ist dieser Projekttag – auch im Sinne eines handlungsorientierten Unterrichts – notwendig, um der dumpfen Politikverdrossenheit und der Konsumorientierung von Schülern entgegenzutreten. Die genuinen Aufgaben des Sozialkundeunterrichts sind, die Fähigkeiten des kritischen Umganges mit Mitmenschen, die Vermittlung von Lebenskompetenzen sowie das Interesse für den Einsatz zugunsten des Gemeinwohls zu fördern.

Planung

Bereits in der Sozialkundefachsitzung begannen die Planungen für den Projekttag. Einstimmig wurde die Durchführung eines solchen Tages beschlossen, da die Schule auch den Titel „Schule ohne Rassismus“ trägt und dies erneut unter Beweis gestellt sollte. Es bildete sich eine Projektgruppe unter der Leitung von Eckhard Höhl, die sich in zweiwöchigen Abständen zur Organisation traf. Zunächst fand eine Recherche bezüglich relevanter Themen und Referenten statt. Als das Rahmenkonzept stand, wurden mögliche, in den Schulablauf gut integrierbare, Termine mit den Gästen abgestimmt – bei der Einladung von vielen auswärtigen Teilnehmern ein nicht zu unterschätzendes Problem. Im Folgenden standen bei den weiteren Sitzungen die Feinplanung wie Raumorganisation, Schülereinteilung, technische Voraussetzungen und nicht zuletzt natürlich die Inhalte im Mittelpunkt. Mithilfe von Mitteilungen wurde das gesamte Kollegium über den Fortschritt und den Ablauf regelmäßig informiert.

Allgemeiner Ablauf

Morgens begrüßte Schulleiter Reinhold Kunkel die Schüler, die Referenten sowie Kollegen und eröffnete die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Rechtsradikalismus in Bayern. Demokratie stärken. Rechtsradikalismus bekämpfen.“. Im Anschluss begaben sich die eine Hälfte der Schüler in die von ihnen im Vor-



Fundierte Infoblätter sind für eine erfolgreiche Gruppenarbeit erforderlich.

Fotos: Rüdiger Klein



Hauptreferent Prof. Michael Helmbrecht (links) mit MGS-Chef Reinhold Kunkel.

feld gewählten Workshops, die andere Hälfte hörte den Vortrag „Rassismus in Franken“ von Michael Helmbrecht, Professor für Soziale Arbeit an der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg. Der persönlich von rechter Gewalt betroffene Helmbrecht vermittelte den Schülern seine Erfahrungen, Handlungsempfehlungen und die rechten Strukturen in sehr plastischer Art und Weise. Nach dem 45-minütigen Vortrag folgte eine lebhaft Diskussionsrunde mit den Schülern. Anschließend tauschten die beiden Schülergruppen: Jene, die bislang in Workshops gearbeitet hatten, hörten nun Michael Helmbrecht zu und diskutierten mit ihm, während die Schüler des ersten Vortrags sich in ihre Workshops begaben.

Den Abschluss des Projekttag bildete die Bearbeitung der Evaluationsbögen. Eine Auswertung und Rückmeldung an die Schüler fand durch die jeweiligen Sozialkundelehrer statt.

Zu wählende Workshops

NSU-Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags / NSU-Prozess / Rechte Stammtischparolen

Symbole der Rechten

Filmanalyse „Die Kriegerin“

Rechte Strukturen in Bayern und

Handlungsstrategien gegen Neonazis

NS-Propaganda im Film „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“

Neonazis in Franken

Marketingstrategien rechter Modelabels

Ortsbegehung in Fürth: Stätten des

Rechtsradikalismus

Rechte Bands und rechtes Liedgut

Workshop: Symbole der Rechten

In Abstimmung mit der Sozialkunde- und Geschichtsfachschaft beschlossen Seminarlehrer und -teilnehmer, an dem Thema „Symbole der Rechten“ für den Projekttag zu arbeiten. Von Anfang an war klar, dass die Referendare nicht nur bei der Erstellung der Workshop-Inhalte, sondern sofern möglich auch bei der Durchführung des Workshops dabei sein sollten. An insgesamt drei Seminartagen erstellten wir gemeinsam die Projektunterlagen.

Als Einstieg wurde ein gruppenspezifisches Spiel vorgesehen. In der ersten Erarbeitungsphase zeichneten die Schüler die Kennzeichen eines „typischen Nazis“ auf einer schematischen Darstellung eines Menschen. Alle Ergebnisse werden mit einem „Musternazi“, der sehr viele Erkennungszeichen tragen sollte, verglichen. Die beiden Schülergruppen, die die meisten Symbole herausgefunden hatten, präsentierten ihr Ergebnis den Workshop-Teilnehmern. Die zweite Phase diente der Ergebnissicherung. Der Film „Vorsicht

Nazi“ wurde dabei vorgeführt. Basierend auf dem Vergleich der Schülerarbeiten mit den im Film gezeigten Symbolen erfolgte die Begründung dafür, sich intensiver mit dieser Thematik zu beschäftigen.

In der dritten Phase schloss sich eine Gruppenarbeit an. Die Schüler konnten sich je nach Wunsch in Gruppen einklinken, die zu den Themen „Symbole mit nationalsozialistischem Bezug“, Szenecodes, Embleme und Logos von extrem-rechten Organisationen sowie Dresscodes und Modemarken vertieft informiert. Je nach Thematik gab es entsprechende Arbeitsaufträge, die alle mit Informationsbeschaffung, Erstellung eines Plakates und einer Präsentation beschrieben werden können. Im Plenum des Workshops fand die Präsentation und Diskussion der jeweiligen Schülerergebnisse statt. Die Ausarbeitungen der Schüler stellten wir im Anschluss in der Aula der gesamten Schulgemeinschaft vor.

Die letzte Phase bestand in der Durchführung je eines Ausschnitts des Interviews mit einem jüdischen Zeitzeugen sowie aus dem Film „Schwarze Sonne: Kultort und Esoterik des III. Reichs“.

Ziel erreicht?

Die Referendare und der Autor

> lernten viel über die Aktualität des Themas

- > arbeiteten als Seminargruppe partnerschaftlich zusammen
- > lernten interessante Referenten und Themen kennen
- > wendeten theoretische Inhalte in der Praxis an
- > und nutzen schließlich im weiteren Berufsleben die bei der Gestaltung eines Projekttagess gewonnenen Erfahrungen

Wenn wir die oben genannten Punkte als vorher gesetzte Ziele bezeichnen möchten, kann die Antwort auf die Frage, ob wir unser Ziel erreicht haben, mit einem eindeutigen „Ja“ gegeben werden.

Auch für unsere Schüler hat sich der Projekttag gelohnt. Wann haben sie sonst die Möglichkeit, Referenten aus der Praxis anzuhören, mit ihnen zu diskutieren und sich kritisch mit ihnen und ihren Vortragsinhalten auseinanderzusetzen.

Wenn wir die Schüler für dieses Thema sensibilisieren, steht unsere Demokratie auf festeren Füßen. Auf alle Fälle bereiteten die Zusammenarbeit und die Durchführung des Workshops allen Beteiligten viel Spaß. Es lohnt sich für die Demokratie einzustehen!

Servicehinweis:

Falls Interesse am Workshop besteht oder Fragen zum Workshop „Symbole der Rechten“ oder zum gesamten Projekt bestehen, kann man Kontakt zum Autor aufnehmen. Wenden Sie sich einfach an das Sekretariat der Max-Grundig-Schule Fürth. Entweder telefonisch unter 0911/743193 oder per Mail unter info@mgs-fuerth.de

Am Projekt waren die nachfolgend genannten Referendare beteiligt: Nele Bargmann, Daniel Beetz, Michael Brandl, Michael Kittelberger, Andrea Praeger, Saskia Schmitt, Sebastian Schmid

Seminarlehrer: Peter Swoboda ■

Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kaum ein Tag vergeht, an dem uns nicht per E-Mail, Telefon oder auch in vielen persönlichen Gesprächen bei Verbandsveranstaltungen auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene Anfragen engagierter, aber leider auch sehr besorgter Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder und Funktionsträger erreichen. Vor allem in den zurückliegenden Wochen hat sich die Schlagzahl diesbezüglich deutlich erhöht. Als Grund konstatieren wir die in der letzten akzente-Ausgabe dargelegten Reformansätze zur „Eigenverantwortung an Schulen“, die sich im Gesetzentwurf zur geplanten Änderung des BayEUG konkretisieren.

Besorgt sind die Kolleginnen und Kollegen vor allem über die Art und Weise, wie die geplanten Änderungen ohne Vorankündigung und Einbezug der Beteiligten vorgeplant wurden. Wir erinnern an dieser Stelle nur ungern an die Aussage eines bayerischen Spitzenpolitikers, bei dem es einmal sinngemäß hieß: Man muss die Frösche nicht fragen, will man den Teich austrocknen. Wir wollen aber auch noch einmal an die mit dem Gesetzentwurf – natürlich für alle Schularten geltenden – pauschalisierten Lösungsansätze zur Erreichung effizienterer (Führungs-)Strukturen, die wiederum das (widersprüchliche) Ziel verfolgen, die individualisierte Profil- und Qualitätsentwicklung an bayerischen Schulen voranzutreiben. So muss sich wohl der Kunde eines Reisebüros fühlen, der seine individuellen Vorstellungen und Präferenzen zum geplanten Reiseziel darlegt und dem in der Folge anstatt eines an der persönlichen Bedürfnisstruktur ausgerichteten Angebots eine Pauschalreise unterbreitet wird.

Wenn Veränderungen im System gelingen und nachhaltig wirken sollen, dann müssen die relevanten Gelingens- bzw. Rahmenbedingungen stärker fokussiert und beachtet werden. So etwa die Beteiligung der von Veränderungen

Betroffenen, vor allem wenn diese Personen auch für die intendierte und effiziente Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen – wie beispielsweise im Falle der geplanten erweiterten Schulleitung – maßgeblich sind.

Dennoch: Der VLB erkennt sehr wohl, dass es den Initiatoren des Gesetzentwurfs um eine zeitgemäße und notwendige Weiterentwicklung der bayerischen Schulen geht, die die Leistungsfähigkeit der Schulen stärken und die Qualität der Bildungsprozesse erhöhen soll. Das haben wir ausdrücklich begrüßt. Nicht selten aber führen die gut gemeinten und erforderlichen Maßnahmenvorschläge bei den Beteiligten deshalb zu Abwehrreaktionen, weil ihnen Informationen und die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung vorenthalten wurden. Dies kommt auch in den vielen Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen sehr klar zum Ausdruck.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

Die mit der Reform des Beurteilungssystems bewirkte Mehrbelastung der Schulleitungen soll durch die Einführung einer erweiterten Schulleitung in Form von Teamleitern kompensiert werden und darüber hinaus zu einer Qualitätsverbesserung in diesem Bereich führen. Zunächst wird man sich dieser Sichtweise nicht verschließen können, denn eine verringerte Führungsspanne impliziert den positiven Nebeneffekt, dass die Aufgaben (Unterrichtsbesuche, Mitarbeitergespräche, ...) nun auf mehrere Schulleitern verteilt und damit – rein rechnerisch – eine Entlastung für die Schulleitung erzielt werden kann. Eine solche Systemänderung – und das lehrt uns die Erfahrung – entwickelt in aller Regel auch eine gewisse Eigendynamik, und zwar dergestalt, dass vor allem in der Einführungsphase eine Reihe zwingend erforderlicher Vorarbeiten und Abstimmungsgespräche/-sitzungen etc. durchgeführt sowie in der Folge durch systematische (interne) Evaluationsverfahren auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden müssen, um ggf. die



Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich mit seinem Stellvertreter Wolfgang Lambi im Kreise der anwesenden Emeriti.

erforderlichen Anpassungen und Kurskorrekturen vorzunehmen. Dieses wünschenswerte und zielgerichtete Vorgehen erfordert Zeit und das Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort an den Schulen.

Gerade unsere beruflichen Schulen, die sich z. B. im Rahmen von Profil 21 oder als QmbS-Schulen intensiv mit der Qualitätsentwicklung beschäftigen, werden bestätigen, dass die Bemühungen überaus lohnend, die damit verbundenen Veränderungs-/Anpassungsprozesse aber regelmäßig sehr zeit- und ressourcenintensiv sind, weil sie – wie das angeführte Beispiel erkennen lässt – unabdingbar durch flankierende Maßnahmen wie etwa Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen vorbereitet und begleitet werden müssen. Und dafür müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

In Zeiten des bereits sehr deutlich spürbaren demographischen Wandels gewinnt das Profil einer Schule immer mehr an Bedeutung. Entwicklungspotenziale einer Schule müssen im Rahmen der schulischen Qualitätsarbeit erkannt, analysiert und zu Stärken weiterentwickelt werden. Dieser individuelle Prozess erfordert zugleich Freiheitsgrade, die durch gesetzliche Regelungen nicht unnötig eingengt werden dürfen. Der vorliegende Gesetzesentwurf aber enthält Vorschriften, die für alle Schularten gelten sollen und berücksichtigt damit zu wenig den Vorsprung, den sich bereits viele berufliche Schulen mit der Einfüh-



Unser Fotograf hat die Gruppe ein paar Stufen aufsteigen lassen, damit der Weitblick deutlicher wird, mit dem die Damen und Herren ihre Aufgaben wahrnehmen.

rung eines Qualitätsmanagementsystems wie z. B. QmbS erarbeitet haben. Hier bedarf es – ähnlich wie in der Unterrichtsarbeit – einer differenzierteren Betrachtung der Gegebenheiten. Ganz nebenbei könnte damit auch ein Beitrag zur Wertschätzung des bisher Geleisteten erfolgen.

Der GV sucht gezielt das Gespräch mit den Abgeordneten des Bayerischen Landtags und der Bildungsverantwortlichen in Bayern, um auf Fehlentwick-

lungen, die sich aus dem Gesetzesentwurf für die beruflichen Schulen ergeben könnten, hinzuweisen und die z. T. fehlende Klarheit der intendierten Ziele des Gesetzesentwurfs intensiv mit den Entscheidungsträgern zu diskutieren. In einer ersten vielversprechenden Gesprächsrunde mit Vertretern der CSU-Landtagsfraktion (siehe gesonderter Bericht) haben wir insbesondere unsere Anliegen und Einwände zur geplanten Gesetzesänderung ausführlich erläu-

tern und verdeutlichen können. Um die Abgeordneten der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien für eine stärkere Auseinandersetzung mit unseren Anliegen und Ideen zu sensibilisieren, haben wir die VLB-Stellungnahme zum Gesetzentwurf an alle Fraktionen mit der Bitte um Weiterleitung an die Abgeordneten verteilt. Nutzen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen die Chance, noch im Vorfeld der Landtagswahlen mit unseren Mandatsträgern ins Gespräch zu kommen und für die Anliegen unserer Solidargemeinschaft zu werben.

Klaus Vietze/Pankraz Männlein

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken

Im Gespräch bleiben – Bezirksvorstandschafft trifft Regierung

Personalsituation und Einstellung

Die VLB-Bezirksvorstandschafft Unterfranken traf im März in den Räumen der Regierung von Unterfranken zu einem instruktiven Gespräch mit der Amtsleitung zusammen. Trotz des mit Anfang März relativ spät angesetzten Gesprächstermins konnten von der Regierung noch keine klaren Aussagen über das Stellenangebot zum Haupteinstellungstermin im Sommer getroffen werden. Grundsätzlich wird jedoch wie in den Vorjahren zuerst der Bedarf an Lehrkräften ermittelt, dann erfolgen die Stellenausschreibungen im Direktbewerungsverfahren mit dem vorgeschalteten Veretzungsverfahren.

Perspektivisch stellte AD Gustav Eirich jedoch fest, dass zum neuen Schuljahr mit deutlich weniger Referendaren zu rechnen ist, nicht nur in Mangelfächern, sondern auch im Bereich der Wirtschaftspädagogen. Die neuen Masterabschlüsse scheinen einen leichten Einstieg in eine Tätigkeit der freien Wirtschaft zu ermöglichen. Sodass sich

Absolventen eher seltener dem Lehramt zuwenden.

Verständnis für die Einstellungspraxis zum Frühjahr ohne Direktbewerungsverfahren war seitens des VLB vorhanden, da zum Frühjahrstermin nur eine Handvoll Stellenbesetzungen erfolgte. In erster Linie wurde dabei der Bedarf der Schulen durch Ruhestandsversetzungen zum Halbjahr berücksichtigt. Wie das Verfahren in Zukunft gehandhabt wird, wird im KM derzeit aber noch diskutiert.

Ein Überfall und seine Folgen

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Thematik rund um Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) und Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) ein. Doch kurz zur Historie: Beginnend in der Berufsschule Obernburg hatte sich gegen Ende des vergangenen Kalenderjahres das Gewerbeaufsichtsamt, angesiedelt an der Regierung von Unterfranken, geradezu überfallartig der sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung der Schulen im Regierungsbezirk angenommen. Vielerorts kam es zu Stilllegungen von ganzen Praxisräumen oder zur Stilllegung einzelner Gerätschaften im Bereich der Metalltechnik und Holztechnik. Im Vollzugsbericht zu den erwähnten Besichtigungen wurden die Schulen aufgefordert, die festgestellten Mängel zu beseitigen und die nötigen Maßnahmen zum Arbeitsschutz zu ergreifen.

Zu diesen Maßnahmen gehört obligatorisch die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung durch so genannte befähigte Personen, die Feststellung des Risikopotentials sowie die Feststellung der einzuleitenden Maßnahmen. Gemäß Arbeitssicherheitsgesetz ist der Arbeitgeber ebenso zur arbeitsmedizinischen Betreuung seiner Beschäftigten verpflichtet, welche der Freistaat mit dem so genannten „Dienststellenmodell“ gewährleisten möchte. Dieses Dienststellenmodell sieht die Schulung des Dienststellenleiters, dessen arbeitsmedizinische Beratung und die Durchführung so genannter Angebotsuntersuchungen vor. Wie RD Oliver Hahn als zuständiger Jurist ausführte, ist an eine Multiplikatoren-

schulung für die Schulleiter gedacht, die Frage der arbeitsmedizinischen Betreuung und die Frage der Angebotsuntersuchungen werden dagegen im KM derzeit noch beraten.

Aus Sicht des VLB wurde dargestellt, dass sich mit diesem Arbeitsfeld völlig neue Belastungen für die Schulleiter und die in den Werkstätten verantwortlichen Kollegen ergeben. Ferner wurde klargestellt, dass wir nicht damit zufrieden sein können, dass in vorgesetzten Dienststellen die entsprechenden Angebote für die Beschäftigten vorgehalten werden, in den Schulen jedoch die Verantwortung des Schulleiters überstrapaziert und die notwendige Unterstützung in eine ungewisse Zukunft verlegt wird.

Aus unserer Sicht tut sich hier ein neues Arbeitsgebiet für den VLB auf, da es uns im Hinblick auf die Gesunderhaltung der Kolleginnen und Kollegen nicht egal sein kann, ob gesetzliche Standards auch von staatlicher Seite eingehalten werden oder nicht. Daraus folgt, dass die gleichartige Bewertung der beruflichen Schulen als Betriebe im Sinne der einschlägigen Gesetze zur Folge haben muss, dass nicht nur der jeweilige Maschinenpark und die Ausstattung der Werkstatt- und Unterrichtsräume vorbildlich sein müssen, sondern auch die notwendigen Bemühungen um die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen wie bei privaten Arbeitgebern in optimaler Form umgesetzt werden müssen.

Externe Evaluation – quo vadis?

Derzeit durchlaufen unsere Schulen die zweite Runde der Externen Evaluation, bei der sich im Verhältnis zur ersten Runde einiges verändert hat. Beispielsweise wird der Schulleitungsbericht nicht mehr mit den Mitgliedern der Schulleitung besprochen oder die Zusammensetzung des Teams nicht dem Profil der Schule angepasst. Wie AD Eirich erläuterte, liegt der Grund für diese Vorgehensweise im Anspruch der Qualitätsagentur auf Wissenschaftlichkeit. Dies bedingt die stärkere Vorgabensetzung und einen mehr standardisierten Ablauf. Während des Evaluationsprozesses hat die Regierung keinen Einfluss auf dessen Ablauf.

Neuerscheinungen + Neuauflagen



Printmedien gestalten und digital produzieren

mit Adobe CS oder OpenSource-Programmen
J. Böhringer, P. Bühler, P. Schlaich
400 Seiten, mehrfarbig, 19 cm x 26 cm,
Broschur, mit CD, 2013
978-3-7782-6077-7, € 34,80

Lehrerausgabe: 264 S., mehrfarbig, A4, mit DVD
978-3-7782-6078-4, € 44,80



Fachtheorie nach Lernfeldern für Chemielaboranten

Teil 3: Biochemische und mikrobiologische Inhalte

A. Janß
144 Seiten, mehrfarbig, 17 cm x 24 cm
Broschur, 2013
978-3-7782-1620-0, € 24,80

Lösungen: 20 S., 17 cm x 24 cm, Broschur
978-3-7782-1625-5, € 6,90



Prüfungsbuch für Medizinische Fachangestellte

H. Nuding, M. Wagner
600 Seiten, zweifarbig,
12 cm x 18 cm, Broschur,
15., aktualisierte Auflage, 2012
978-3-7782-5830-9, € 24,90



Prüfungsbuch für Fachverkäufer/-innen im Lebensmittelhandwerk

Schwerpunkt Bäckerei/Konditorei

H. Nuding, K. Ulbrich, W. Wannemacher
536 Seiten, zweifarbig, 12 cm x 18 cm,
Broschur, 7., überarbeitete Auflage, 2013
978-3-7782-7250-3, € 22,40



BasicWords: Konstruktionslehre Fachbegriffe Englisch - Deutsch

A. Gasser
104 Seiten, mehrfarbig, 12 cm x 18 cm,
Broschur, 2013
978-3-7782-1723-8, € 9,80



Technische Mathematik Metall lernfeldorientiert

H. Brauchle, F. Seyfried, M. Strobel
168 Seiten, zweifarbig, A4, Broschur
2., überarbeitete Auflage, 2013
978-3-7782-3108-1, € 19,20

Lösungen in Vorbereitung
ca. 200 S., 15 cm x 22 cm, Broschur
978-3-7782-3109-8, ca. € 31,60



Technische Mathematik Fahrzeugtechnik lernfeldorientiert

H. Elbl, W. Föll, W. Schöler, M. Bell
212 Seiten, mehrfarbig,
17 cm x 24 cm, Broschur
4., überarbeitete und erweiterte Auflage, 2013
978-3-7782-3540-9, € 20,60

Lösungen: 107 S., 15 cm x 22 cm, Broschur
978-3-7782-3549-2, € 23,90



Bauzeichnen

Architektur, Ingenieurbau, Tief-, Straßen- und Landschaftsbau

Hrsg.: Dr. K. Köhler
651 Seiten, mehrfarbig, 19 cm x 26 cm,
Hardcover, 3., überarbeitete Auflage, 2013
978-3-7782-5645-9 € 53,80

Lösungen, 223 S., A4, Broschur
978-3-7782-5649-7, € 55,00



Verlag
Holland + Josenhans
GmbH & Co. KG
Postfach 10 23 52
70019 Stuttgart

Telefon 0711 61439-20
Telefax 0711 61439-22
www.holland-josenhans.de
verlag@holland-josenhans.de

Informationsbüros mit Verlagsausstellung

Südwest
Feuerseeplatz 2
70176 Stuttgart
Telefon 0711 61439-20
Telefax 0711 61439-22

Nord
Lademannbogen 135
22339 Hamburg
Telefon 040 53808-0
Telefax 040 53808-101

Änderung des BayEUG zum 01. August 2013

Unterschiedlich beurteilt wurden die Auswirkungen der anstehenden, im Moment noch in Anhörung befindlichen Änderungen des BayEUG. Was in der Öffentlichkeit unter der Überschrift von größerer Selbständigkeit der Schulen plakatiert wird, entpuppt sich aus unserer Sicht als Strukturreform beruflicher Schulen. So scheint die Ausstattung einer erweiterten Schulleitung mit Personalführungskompetenzen ein Angriff auf die bewährte Kollegialität und Führungskultur vergangener Jahrzehnte. Die gewünschten Entlastungen des Schulleiters dürften wohl Wunschdenken bleiben, da die Gesamtverantwortung weiterhin in seinen Händen liegen wird, eine größere Leitungsrunde entsprechend geführt werden muss und die intensivere Führung von 14 Kolleginnen und Kollegen erheblichen Mehraufwand verursacht. Man darf gespannt sein, wie viele Schulen freiwillig dem Lockruf der Anrechnungsstunden folgen werden.

Fazit

Es hat sich wieder gelohnt, im Gespräch zu bleiben und Standpunkte in konstruktiver Runde zu erläutern. Die Gesprächsatmosphäre war wie in den vergangenen Jahren entspannt und offen, weshalb nicht alle Details in diesem Bericht auftauchen können. Die Sachgebietsleiter, Maria Walter und Norbert Kornder sowie die Referenten Christine Hildebrand und Roland Endres unterstützten AD Gustav Eirich ebenso wie erstmals auch Oliver Hahn. Seitens des VLB-Bezirks Unterfranken nahmen am Gespräch Rudolf Hoffmann (Bezirksvorsitzender), Helmut Mundel (Vorsitzender KV Main-Rhön), Alexander Liebl (Bezirksskassier), Klaus Wiederer (Stellvertretender Bezirksvorsitzender), Carl Otto Dümig (Vorsitzender KV Untermain) und Wolfgang Grünsfelder (Bezirksschriftführer) teil.

Rudolf Hoffmann

KV Oberbayern Süd-West

Was haben wir zu erwarten ?

Am Donnerstag den 14.3.2013 referierte der Hauptpersonalrat und Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberbayern, Rudi Keil, an der Staatlichen Berufsschule Schongau über die Neuerungen des Versorgungsrechts. Initiiert hatten diese Veranstaltung die Schongauer

Kollegen unter Federführung ihres Kontaktelehrers und Bezirksskassiers Rudolf Rossmann. Der Einladung gefolgt waren auch Kollegen aus Garmisch-Partenkirchen, Weilheim, Starnberg und Herzogsägmühle.

Rudi Keil erläuterte anschaulich die politischen und fiskalischen Erwägungen die zur Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Lebensjahre und zur Absenkung des Bemessungsprozentsatzes geführt hatten. Aufmerksam folgten die Kolleginnen und Kollegen den Ausführungen über die Auswirkungen auf den Ruhestandseintritt, d.h. die Anhebung der Altersgrenzen und die Änderungen in der Versorgungsberechnung.

Der VLB hat gemeinsam mit dem Bayerischen Beamtenbund (BBB) ein Programm zur Berechnung der zu erwartenden Pensionsbezüge erstellen lassen. Dieser Service ist für die Mitglieder kostenlos. Von großem Interesse waren die verschiedenen Modelle eines Ruhestands bereits mit 64 Lebensjahren, die unter Berücksichtigung von VLB-Forderungen ermöglicht wurden. Die zahlreichen Fragen der Kollegen beantwortete Rudi Keil geduldig, sachgerecht und mit augenzwinkerndem Humor.

Nach der Veranstaltung war noch Gelegenheit zur Einzelberatung, die von Einigen in Anspruch genommen wurde.

Die Kollegen aus Schongau überreichten Rudi Keil zum Dank ein liebevoll verpacktes Osterpräsent.

Karl-Heinz Seitzinger

Fachgruppen

FG Hauswirtschaft

Aus Hauswirtschaft wird Ernährung und Versorgung

Auf ihrer 22. Sitzung in Augsburg beschloss die Fachgruppe Hauswirtschaft in Anpassung an die neue Ausbildungsbezeichnung auch den Namen der Fachgruppe zu ändern in „Fachgruppe für Ernährung und Versorgung“.

Weiterhin stand die Neuwahl der Fachgruppensprecherin an.

Gertraud Kieslich ist in den wohlverdienten Ruhestand getreten und gab somit ihre Funktion als Sprecherin ab.

Einstimmig wurde Christa Piendl aus Coburg zur neuen Sprecherin ge-



Die neu gewählten Fachgruppenverantwortlichen Christa Piendl und Erika Eisenbarth.



Gertraud Kieslich dankte die Fachgruppe für ihre engagierte Arbeit.

wählt. Ihre Vertretung wird Erika Eisenbarth aus Augsburg übernehmen.

Die Fachgruppe gratuliert den Kolleginnen und dankt ihnen, dass sie sich bereit erklärt haben, diese Aufgabe zu übernehmen. Da in der Hauswirtschaft – jetzt Ernährung und Versorgung – immer „viel los ist“ ist die Aufgabenbelastung nicht zu unterschätzen. Im Auftrag des VLB-Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich und seinen Vertretern übergab Jutta Richter an Gertraud Kieslich für ihren langjährigen Einsatz einen Dankesgruß. *Jutta Richter*

Wir gratulieren im Juni zum ...

... zum 94. Geburtstag

Weiss, Anton, 14.06.
87487 Wiggensbach, KV Allgäu

... zum 91. Geburtstag

Neumeister, Elisabeth, 11.06.
91541 Rothenburg, KV Mittelfranken-Süd

... zum 88. Geburtstag

Jakobi, Sieglinde, 09.06.
81375 München, BV München

... zum 87. Geburtstag

Schneider, August, 02.06.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

... zum 86. Geburtstag

Häupl, Elisabeth, 02.06.
91413 Neustadt/Aisch,
KV Mittelfranken-Nord
Frank, Heinz, 09.06.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Eder, Alois, 11.06.
94474 Vilshofen, KV Niederbayern-Ost
Prell, Liselotte, 11.06.
90766 Fürth, KV Mittelfranken-Nord
Kretschmer, Walter, 15.06.
94032 Passau, KV Niederbayern-Ost

85. Geburtstag

Fehle, Herbert, 17.06.
93059 Regensburg, KV Regensburg
Lichtblau, Roland, 28.06.
84347 Pfarrkirchen, KV Niederbayern-Ost

... zum 84. Geburtstag

Stenglein, Gertraud, 02.06.
96317 Kronach, KV Oberfranken-Nordwest
Hagenauer, Johann, 15.06.
84155 Bodenkirchen, KV Landshut
Kisskalt, Hans, 20.06.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 83. Geburtstag

Zankl, Alfons, 01.06.
93413 Cham, KV Cham

... zum 82. Geburtstag

Mader, Friedrich, 02.06.
80809 München, BV München
Huber, Herta, 19.06.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

Sigg, Helmut, 19.06.

97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön

Pronold, Siegfried, 21.06.

85435 Erding, KV Oberbayern-Nordwest

Schmied, Ingrid, 28.06.

84489 Burghausen, KV Altötting-Mühldorf

... zum 81. Geburtstag

Auer, Helmut, 04.06

80797 München, BV München

Mönius, Georg, 08.06.

91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim

80. Geburtstag

Dörfler, Egon, 07.06.33

94469 Deggendorf, KV Donau-Wald

75. Geburtstag

Mirwald, Arnold, 24.06.

92676 Eschenbach, KV Oberpfalz-Nord

Müller, Ann-Margret, 06.06.

90451 Nürnberg, KV Nürnberg

Schenk, Horst, 28.06.

86529 Schrobenhausen b. Steinruck,
BV München

70. Geburtstag

Gloßner, Dieter, 30.06.

91790 Nennslingen, KV Mittelfranken-Süd

Klauser, Paul, 23.06.

89415 Lauingen, KV Nordschwaben

Lerch Dr., Bernd, 17.06.

86609 Donauwörth, KV Nordschwaben

Münchmeier, Max, 07.06.

92648 Vohenstrauß, KV Oberpfalz-Nord

Pietsch, Dietmar, 16.06.

82549 Königsdorf,
KV Oberbayern-Südwest

Winter Heimtraud, 20.06.

97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön

65. Geburtstag

Bauer, Gertraud, 09.06.

89407 Dillingen, KV Nordschwaben

Gutersohn, Gerhard, 12.06.

90562 Heroldsberg, KV Mittelfranken-Nord

Ring, Karl, 13.06.

86381 Krumbach, KV Nordschwaben

Schenk, Elke, 20.06.

97074 Würzburg, KV Main-Rhön

Schmidt, Christian, 29.06.

90542 Eckental-Brand, KV Nordschwaben

60. Geburtstag

Ackerl, Franz, 20.06.

93077 Bad Abbach, KV Landshut

Bichlmeier, Anton, 14.06.
85435 Altenerding, KV Oberbayern-Nordwest

Bosch, Hansjörg, 13.06.
90562 Heroldsberg, KV Mittelfranken-Nord

Braun, Ewald, 17.06.
95182 Tauperlitz, KV Oberfranken-Nordost

Erk, Ursula, 19.06.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain

Fuchs, Johannes, 01.06.
94336 Hunderdorf, KV Donau-Wald

Glaab, Johannes, 25.06.
94124 Büchlberg, KV Niederbayern-Ost

Haßfurter, Kurt, 14.06.
97469 Gochsheim, KV Main-Rhön

Huth, Udo, 13.06.
97225 Zelligen, KV Würzburg

Hüttenhofer, Ingrid, 09.06.
90562 Heroldsberg, KV Nürnberg

Krautsdorfer, Hubert, 16.06.
82383 Hohenpeißenberg,
KV Oberbayern-Südwest

Melzer, Horst, 13.06.
86368 Gersthofen, KV Augsburg

Meyer, Alfons, 01.06.
92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

Meyer, Heinrich, 16.06.
95158 Kirchenlamitz, KV Oberfranken-Nordost

Scharm, Paul, 28.06.
94481 Grafenau, BV München

Seitz, Manfred, 17.06.
86513 Ursberg, KV Nordschwaben

Vogl, Rosa Maria, 25.06.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

Wüst, Udo, 14.06.
96114 Hirschaid, KV Mittelfranken-Süd

In den Ruhestand sind gegangen ...

Dentler, Adolf, KV Regensburg
Funke, Ulrich, KV Oberfranken-Nordost
Greubel, Manfred, KV Nürnberg
Krumm, Bernhard, KV Oberfranken-Nordwest

Wir trauern um ...

Gerhardinger, Hans, (68), KV Niederbayern-Ost
Heilmann, Lorenz, (80), KV Würzburg
Heiß, Roswitha, (52), KV Nürnberg
Ruoff, Hans, (82), KV Rosenheim-Miesbach
Weidenhöfer, August, (84), KV Neumarkt

Vermischtes

BV Oberfranken

Unterwegs in Irland

In der ersten Woche der Osterferien machte sich eine kleine Gruppe von VLB-Mitgliedern und deren Partner zu einer Bildungsreise nach Irland auf.

Samstagabend kamen wir in Dublin an. Am darauf folgenden Sonntag war „sightseeing“ angesagt: St. Patrick's Cathedral, Trinity College mit seiner einzigartigen Bibliothek und dem Book of Kells, Guinness Storehouse und abends zur Tempelbar in ein singing pub.

Am Montagvormittag wies uns eine Referentin in die Besonderheiten des irischen Bildungswesens ein. Anschließend stand der ehemalige Bischofssitz Rock of Cashel mit den Relikten der ersten romanischen Kirche Irlands auf dem Programm.

Am 4. Tag besichtigten wir die Jameson Distillery in Midelton, Cork und eine traditionelle Farm. Hier gab es tea, jam and scones. Abends kamen wir in einem wunderschönen Landhaushotel in Trallee an.

Am nächsten Morgen brachen wir zu einer Rundreise über die beeindruckende Panoramastraße Ring of Kerry auf und wanderten durch den Killarney Nationalpark zum Herrenhaus „Muckross“.

Der 6. Tag überraschte uns mit einer Fahrt auf die Dingle-Halbinsel zum rie-

sigen Sandstrand von Inch. Auf der Weiterfahrt nach Limerick besichtigten wir Adare, das wohl schönste Dorf Irlands. Abends vergnügte sich unsere kleine Truppe von 14 Leuten in einem Pub in Limerick bei den wilden Gitarrenklängen von David Hope, der auch schon in Nürnberg aufgetreten ist.

Das Freitagsprogramm: Cliffs of Moher (Klippen, die 200 Meter senkrecht ins Meer abfallen), die Hochkreuze von Kilfenora, der jungsteinzeitliche Dolmen von Puolnabrone, Bummel durch die Altstadt von Galway und Rückkehr nach Limerick.

Am Abreisetag fuhren wir ins Kloster Clonmacnoise am Ufer des Shannon Flusses, das Ausgangspunkt der europäischen Christianisierung war. Einzigartige Ruinen und beeindruckende Hochkreuze lassen die Geschichte aufleben. Am Ostersamstag flogen wir nachmittags Richtung Frankfurt ab.

Eine wunderschöne Woche lag hinter uns. Das Wetter war uns wohl gesonnen. Es war zwar eisig kalt, aber es regnete oder schneite überhaupt nicht. Unsere Busfahrerin Marge chauffierte uns souverän über engste Straßen und unsere Reiseleiterin Eva wusste auf alle unsere Fragen eine fundierte Antwort. In dieser Woche haben wir extrem viel über Irland, seine Geschichte, Kultur, Leute, seine politische und wirtschaftliche Situation, sowie die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Leben der Iren erfahren.

Der Small Talk und das Lachen bei einem Pint kamen dabei natürlich auch nicht zu kurz.

Joachim Wagner



Unterwegs in Irland – die oberfränkische Reisegruppe.

Für Sie persönlich

Erhöhung des Übungsleiterpauschbetrages

Am 01.03.2013 hat auch der Deutsche Bundesrat dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes (Ehrenamtsstärkungsgesetz) zugestimmt. Die wesentlichen Änderungen treten rückwirkend zum 01.01.2013 in Kraft.

Ziel der Gesetzesänderung ist es lt. Begründung der Bundesregierung, „das zivilgesellschaftliche Engagement durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Dadurch wird es den steuerbegünstigten Organisationen und den ehrenamtlich Tätigen möglich, ihre gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe noch besser wahrzunehmen.“

Die beiden wichtigsten Änderungen, die auch für viele Lehrkräfte relevant sein werden, betreffen § 3 EStG.

Der so genannte „Übungsleiterpauschbetrag“ nach § 3 Nr. 26 EStG wird von 2.100 Euro auf 2.400 Euro angehoben und die so genannte „Ehrenamtspauschale“ nach § 3 Nr. 26a EStG steigt von 500 Euro auf 720 Euro.

Steuerfrei sind nach ...

§ 3 Nr. 26 EStG:

Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeiten, ... im Dienst oder im Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat belegen ist, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet, oder einer unter § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Körperschaftsteuergesetzes fallenden Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 der Abgabenordnung) bis zur Höhe von insgesamt 2.400 Euro im Jahr.

§ 3 Nr. 26a EStG

Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Staat belegen ist, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum Anwendung findet, oder einer unter § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Körperschaftsteuergesetzes fallenden Einrichtung zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke (§§ 52 bis 54 der Abgabenordnung) bis zur Höhe von insgesamt 720 Euro im Jahr.

Der Übungsleiterpauschbetrag umfasst z.B. die Einnahmen aus der nebenberuflichen Tätigkeit als Dozent für die IHK, die Handwerkskammer, die Steuerberaterkammer oder die Volkshochschule.

Die Tätigkeit eines Prüfers bei einer Prüfung, die zu Beginn, im Verlauf oder als Abschluss einer Ausbildung abgenommen wird, gehört ihrer Art nach zu den durch § 3 Nr. 26 EStG begünstigten Betätigungen. Nach der Rechtsprechung des BFH ist der Prüfer zwar in solchen Fällen nicht als Ausbildungsleiter tätig, er übt aber eine vergleichbare Tätigkeit im Sinne von § 3 Nr. 26 EStG aus, denn zur Ausbildung gehört die Kontrolle der erlangten Kenntnisse und Fertigkeiten (BFH 23.06.1988 — BStBl. II S. 890). Eine von der für die Prüfung zuständige Stelle gezahlte „Aufwandsentschädigung“ für die Teilnahme an der schriftlichen oder mündlichen Zwischen- oder Abschlussprüfung fällt damit unter die Steuerfreiheit des § 3 Nr. 26 EStG.

Falls die Einnahmen den nach § 3 Nr. 26 EStG steuerfreien Betrag von nun 2.600 € übersteigen, werden Ausgaben im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit nur berücksichtigt, wenn sie den steuerfreien Betrag übersteigen.

Die Ehrenamtspauschale von 720 Euro im Jahr kann beanspruchen, wer eine Tätigkeit für einen gemeinnützigen Verein sowie auch kirchliche oder öffentliche Einrichtungen übernimmt, z.B. als Vereinsvorstand, Schatzmeister, Platzwart,

Gerätewart oder wer etwa Kinder zu Auswärtsspielen eines Sportvereins fährt und dafür einen häufig als „Aufwandsentschädigung“ titulierten Betrag erhält.

Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn für die Einnahmen aus der Tätigkeit – ganz oder teilweise – eine Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 26 gewährt wird. Überschreiten die Einnahmen den steuerfreien Betrag, dürfen auch hier die mit den nebenberuflichen Tätigkeiten in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Ausgaben nur insoweit abgezogen werden, als sie den Betrag der steuerfreien Einnahmen übersteigen.

Peter Huber-Jilg

Dienstwagen (oder doch lieber Dienstfahrrad) für Auszubildende?

Am 18.02.2013 lautete die Überschrift eines Artikels auf der ersten (!) Seite der Süddeutschen Zeitung: „Dienstwagen für Azubis“. Im weiteren Verlauf wird berichtet: „Weil sie keine Lehrlinge mehr finden, kämpfen Klein- und Handwerksbetriebe mit Lockprämien um Auszubildende“. Der Inhaber einer Lackiererei wird angeführt, der guten Auszubildenden ein Jahr lang kostenlos einen Kleinwagen zur Verfügung stellt.

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren weiter verstärken wird. Das Angebot an Ausbildungsstellen trifft auf eine immer geringer werdende Anzahl an (qualifizierten) Bewerbern. Wie wirbt man aber um 16 oder 17 Jahre alte Schulabgänger ohne Führerschein? Hier wäre vielleicht ein (natürlich hochwertiges) Fahrrad ein überzeugenderes Argument. Ob nun Dienstwagen oder Dienstfahrrad, in beiden Fällen hat die Überlassung an Auszubildende – wie auch an „normale Arbeitnehmer“ – steuerliche Konsequenzen, die hier erläutert werden sollen.

Beispiel Unternehmer A

stellt seinem volljährigen Auszubildenden einen Firmenwagen zur Verfügung,

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Rüdiger Klein
Kleinschönbacher Str. 154,
97357 Prichsenstadt/Altenshönbach
E-Mail: klein@vlb-bayern.de
Tel.: 01 78/2 02 94 76

Martin Ruf

Nussbaumweg 9
97084 Würzburg
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de
Tel.: 09 31/66 14 15
Fax: 09 31/6 60 72 91

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Elterstraße 27, 97828 Markttheidenfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.
Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.
ISSN Nr. 1867-9161

den dieser für die Fahrt zum 4 km ent-
fernten Ausbildungsbetrieb und auch
privat nutzt. Der Wagen wurde für
14.990 € brutto von einem Händler an-
geschafft.

Beispiel Unternehmer B

überlässt seinem minderjährigen Auszu-
bildenden ein Dienstfahrrad, das er für
2.990 € brutto in einem Fachgeschäft
gekauft hat. Auch dieser Auszubilden-
de nutzt das Fahrrad privat und für die
Fahrt zur 4 km entfernten Ausbildungs-
stelle.

In beiden Fällen ist der Bruttopreis
identisch mit der unverbindlichen Preis-
empfehlung des Herstellers.

**Steuerliche Konsequenzen für die
Auszubildenden:****PKW-Überlassung**

Abrunden auf volle 100 € = 14.900 €
1 % von 14.900 € = 149,00 €
Fahrten Wohnung – Arbeitsstätte:
0,03 % x 14.900 € x 4 km = 17,88 €
Monatlicher geldwerter Vorteil 166,88 €

Fahrrad-Überlassung¹

Abrunden auf volle 100 € = 2.900 €
1 % von 2.900 € = 29,00 €
Fahrten Wohnung – Arbeitsstätte:
Mit der 1 %-Methode abgegolten 0,00 €
Monatlicher geldwerter Vorteil 29,00 €

Statt mit der 1%-Methode kann der pri-
vate Nutzungsanteil auch mit der Fahr-
tenbuchmethode ermittelt werden. Bei
der Fahrrad-Überlassung dürften jedoch
Aufwand und Nutzen in keinem ange-
messenen Verhältnis zueinander zu ste-
hen. Die Freigrenze für Sachbezüge nach
§ 8 Absatz 2 Satz 9 EStG (44 € im Ka-
lendermonat) ist bei der Fahrrad-Über-
lassung nicht anzuwenden.

Der geldwerte Vorteil für Fahrten
zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
könnte vom Arbeitgeber pauschal ver-
steuert werden.

Sowohl bei der PKW-Überlassung als
auch bei der Fahrrad-Überlassung ist der
geldwerte Vorteil steuer- und sozialversi-
cherungspflichtig. *Peter Huber-Jilg*

¹Vgl. hierzu BMF-Schreiben vom 23.11.
2012 „Steuerliche Behandlung der Über-
lassung von (Elektro-)Fahrrädern“

**Der Lehrer in Motorradkluft – das
geht nur beim Fahrlehrer****Amtsangemessene
Kleidung wird vom
Lehrer erwartet**

Immer wieder einmal werden in unserer
pluralistischen Gesellschaft, in der viele
Menschen ihre Persönlichkeit auch über
einen individuellen Kleidungsstil defi-
nieren, Fragen der Kleiderordnung dis-
kutiert. So haben Lehrer in Zeiten des
world wide web auch bei der Kleidung
eine Vorbildfunktion. Denn wie soll
man Schülern vermitteln, dass sie sich z.
B. nicht unangemessen gekleidet in fa-
cebook produzieren oder zu einem Be-
werbungsgespräch in angemessener Klei-
dung erscheinen sollten, wenn man als
Lehrer womöglich in Shorts oder in der
Motorrad-Kombi vor der Klasse steht.
Da kann es dann passieren, dass der
Schulleiter dazu auffordert, in amtsange-
messener Kleidung zu erscheinen.

**Lehrer hat ein Recht auf
„Remonstrations“**

Der betroffene Lehrer hält diese Weisung
aber vielleicht für unrechtmäßig, da es
für Lehrer keine vorgeschriebene Dienst-
kleidung gebe und die Motorrad-Kombi
sauber und gepflegt sei. Sein Recht auf
freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art.
2, Abs. 1 GG) gelte auch im Dienst und
gestatte es, in jeder Kleidung, die nicht
gegen den Bildungs- und Erziehungsauf-
trag der Schule verstoße, Dienst zu tun.
Auf der Kleidung befänden sich zudem
keine politischen, religiösen oder weltan-
schaulichen Symbole.

Der Schulleiter besteht jedoch auf
einer sofortigen Änderung der Beklei-
dung. Und der Lehrer hat diese Wei-
sung auch dann zu befolgen, wenn er sie
für rechtlich bedenklich hält, da dienst-
liche Weisungen in jedem Fall zu befol-
gen sind. Lehrer haben das Recht und
die Pflicht, Bedenken gegen die Rech-
tmäßigkeit dienstlicher Anordnungen
gegenüber dem Schulleiter anzuzeigen
(sog. Remonstrations). Die Remonstrati-
on, mit der der Lehrer eine Überprüfung
der Rechtmäßigkeit einer Weisung
durch die Schulaufsicht herbeiführen

kann, entfaltet jedoch keine aufschiebende Wirkung. Der Lehrer darf die bestandene Kleidung in der Schule also vorerst nicht mehr tragen.

Amtsangemessenes Verhalten gemäß § 34 BeamtStG

Grundlage für die Weisung des Schulleiters ist die Verpflichtung der Beamten zu amtsangemessenem Verhalten gem. § 34 BeamtStG (BeamtStG). Und dazu gehört auch eine Kleidung, die der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, das die Tätigkeit im öffentlichen Dienst erfordert. Diese gilt auch für Angestellte. Und selbst in der Privatwirtschaft darf der Chef je nach Tätigkeitsbereich des Beschäftigten eine bestimmte Kleidung untersagen oder vorschreiben.

Vorbildfunktion der Lehrkräfte

Bei der Kleidung der Lehrer sind die Vorbildfunktion der Lehrer den Schülern gegenüber und allgemeine soziale Anschauungen hinsichtlich der Erwartungshaltung der Eltern, Schüler und anderer Personen im Hinblick auf das äußere Erscheinungsbild von Lehrern zu berücksichtigen. Lehrer müssen sich, um ihre Vorbildfunktion den Schülern gegenüber wahrnehmen zu können, in ihrer Kleidung von Schülern unterscheiden. Auch Schüler haben bestimmte Mindeststandards angemessener Kleidung einzuhalten, da es zum Erziehungsauftrag der Schule gehört, ein sozial angemessenes Verhalten zu vermitteln. Dazu gehört auch das Wissen um die Bedeutung der äußeren Erscheinung und der Kleidung für die soziale Akzeptanz einer Person und die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen sozialen Kontexten angemessen zu verhalten. Schüler dürfen sich daher in der Schule nicht so kleiden, als befänden sie sich beispielsweise im Freibad. Und für Lehrer gilt daher erst recht, dass sie durch ihre Kleidung den Unterschied zwischen Dienst und Freizeit deutlich machen müssen. Eine genaue, allgemeingültige Abgrenzung von angemessener und unangemessener Kleidung lässt sich aber nur in Extremfällen angeben. Im Fußballtrikot oder Blauermann (Werkstattlehrer ausgenommen) in der Schule zu unterrichten, ist unan-

gemessen. Wie sieht es aber mit Shorts, einem sehr kurzen Rock oder bauchfreier Kleidung aus? Die Grenzen definiert der Schulleiter. Er konkretisiert die Anforderungen des Dienstherrn. Der Schulleiter füllt den zunächst unbestimmten Rechtsbegriff des amtsangemessenen Verhaltens mit Inhalt und wird dabei auch die Schulstufe, die Schüler- und Elternschaft der Schule oder die erzieherischen Ziele der Schule berücksichtigen. Es wäre also nicht nachvollziehbar, wenn eine Schulordnung die Schüler verpflichtet, die Schule »in angemessener Kleidung« zu besuchen, die Lehrer würden sich von dieser Vorgabe aber ausgenommen fühlen.

Entscheidungsspielraum des Schulleiters

Wie bei allen dienstlichen Entscheidungen, bei denen dem Vorgesetzten ein Entscheidungsspielraum offen steht, kann es durchaus zu unterschiedlichen Entscheidungen an verschiedenen Schulen kommen. Ein Lehrer, der nicht bereit ist, eine Entscheidung des Schulleiters, die sich im Rahmen des rechtlich Zulässigen bewegt, zu akzeptieren, stört den Schulfrieden. Denn er stellt das dienstliche Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen dem Schulleiter und den weisungsgebundenen Lehrern infrage.

Die Weisung des Vorgesetzten muss verhältnismäßig sein. Die Motorrad-Kombi kann aber zweifelsfrei als eine nicht amtsangemessene Kleidung angesehen werden. Die beschriebene Weisung ist auch deshalb verhältnismäßig, weil sie nur einen geringfügigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Lehrers darstellt. Der Schulleiter schreibt keine bestimmte Kleidung vor, er schließt lediglich eine bestimmte Kleidung aus. Das gilt auch für sichtbare Piercings und Tätowierungen.

Fazit

Die Verpflichtung der Lehrer zu amtsangemessenem Verhalten umfasst auch die Verpflichtung, sich angemessen zu kleiden. Und der Kollege aus unserem Beispiel, er müsste eventuell auf Fahrlehrer umsatteln, wollte er in Motorradkluft vor der Klasse stehen. *Wolfgang Lambl*

Quelle: SchulRecht 1-2/2012; Dr. Thomas Böhm

Südkärntner Seen

Baden-Wandern-Segeln-Heidelb.-Pilze. Ausfl. nach Venedig & Verona. Alleinstehendes **Einfamilienhaus**, herrliche und sehr ruhige Lage nahe Presseggersee, Telefon 0 73 03/62 07, E-Mail: aundbmueller@web.de

Autorenverzeichnis

Amtmann, Christian

BS, Ponschabastr. 20,
83512 Wasserburg a. I.,
Tel.: (08071) 922997

Greubel, Manfred

VLB-Referent Bildungspolitik
Händelstr. 25, 90751 Schwaig,
Tel.: (0911) 500041

Hauck, M./Schwarzenberger, W.

Kanalstr. 1, 96450 Coburg,
Tel.: 09561) 5139-0

Huber-Jilg, Peter

BS, Riesstr. 32, 80992 München,
Tel.: (089) 85100

John, Randolf,

VLB-Referent Wirtschaftsschule
WS, Westendstr. 6c, 83043 Bad Aibling,
Tel.:w (08061) 495200-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Vorsitzender und
Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

Irzehoer Straße 13, 90425 Nürnberg,
Tel.: (0911) 347333

Männlein, Pankraz,

stellvertr. Landesvorsitzender
BS, Dr.-von-Schmitt-Str. 12,
96050 Bamberg, Tel.: (0951) 30287-0

Rupprecht, Hermann

BS, Pestalozziplatz 1, 95028 Hof,
Tel.: (09281) 83309-0

Swoboda, Peter

FOS/BOS, Amalienstraße 2-4,
90763 Fürth, Tel.: (0911) 74319-3

Vietze, Klaus,

VLB-Schriftführer
BOS, Körnerstr. 6, 95448 Bayreuth,
Tel.: (0921) 792080

Neuer BLBS-Vorstand beim 24. Berufsschultag in Potsdam gewählt

Die Delegierten der Bundesvertreterversammlung des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) haben am 25.04.2013 einen neuen Vorstand gewählt:

Eugen Straubinger ist neuer Bundesvorsitzender des BLBS. Er wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt und tritt damit die Nachfolge von Berthold Gehlert an, der nach acht Jahren an der Spitze des BLBS aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Eugen Straubinger leitet als Oberstudiendirektor seit 1998 die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule, ein Gewerbliches Schulzentrum in Balingen in Baden-Württemberg.

Wolfgang Lambl ist zum neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BLBS gewählt. Er ist gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender des VLB in Bayern und vertritt als vorsitzender Hauptpersonalrat beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Bayern.

Sven Mohr ist zum neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BLBS gewählt. Er war viele Jahre stellvertretender Landesvorsitzender und Landesvorsitzender des VLBS. Seit 2009 ist er Schulleiter und Geschäftsführer des Regionalen Berufsbildungszentrums Flensburg in Schleswig-Holstein.

Stefan Nowatschin ist zum neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BLBS gewählt. An der Berufsbildenden Schule II Gifhorn – Europaschule hat er internationale Kontakte ko-

ordiniert. Seit dem Jahre 2010 ist er Schulleiter der Berufsbildenden Schule I in Uelzen in Niedersachsen.

Lilian Schwarzweiler ist zur neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BLBS gewählt. Sie war zehn Jahre stellvertretende Vorsitzende im Bezirkspersonalrat. Seit dem Jahre 2009 ist sie Schulleiterin der Berufsbildenden Schule für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Mainz in Rheinland-Pfalz.

Jens Mißfeldt wird das seit 1991 erfolgreich geführte Amt des Schatzmeisters weiterführen und verfügt damit über eine maximale Erfahrung. Jens Mißfeldt wird sich dafür einsetzen, die Mittel für die Zielerreichung des Verbandes bereit zu stellen.

Thea Kuhs wird sich als Schriftführerin des BLBS neben der Protokollerstellung auch in die inhaltlichen Diskussionen des Vorstandes einbringen. Ihr ist besonders die Vertretung in der dbb Bundesfrauenvertretung ein wichtiges Anliegen.

Der neue Vorstand freut sich auf das neue Amt und ist sich der Herausforderungen bewusst, die ihn erwarten. Nachdrücklich sprachen sich die Vorstandsmitglieder dafür aus, sich bundesweit und international für die Interessen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen einzusetzen. Ferner steht der gesamte neue Vorstand neben vielen weiteren Optionen für eine engere Kooperation der beruflichen Schulen mit der Arbeitswelt.

Wolfgang Lambl

BLBS Bundesvorstand
von links:
Stefan Nowatschin,
Lilian Schwarzweiler,
Dr. Sven Mohr,
Eugen Straubinger,
Wolfgang Lambl,
Thea Kuhs,
Heiko Pohlmann,
Jens Mißfeldt.

